

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
**Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.**  
Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Breslau, Freitag, den 25. Januar 1895.

6. Jahrgang

## Einige Erinnerungen.

Zu allen Zeiten und überall haben die Reactionäre große Bewegungen des Volksgeistes und -Gemüths, wie sie, entweder veranlaßt durch außerordentliche Vorfälle oder durch die Entwicklung und Verwickelung der öffentlichen Verhältnisse, mit elementarer Gewalt sich geltend machen, weidlich auszubenten verstanden. Heute steht in Deutschland der Liberalismus, der sich stets National-Liberalismus nennt, mit auf der Seite der reactionären Gewalten. Seine Führer, die Bennigsen, Marquardts etc., unterstützen im Reichstage die Regierung in dem Bemühen, ein verschärftes Strafgesetz unter dem Deckmantel des „gemeinen Rechts“ zu Stande zu bringen, welches nichts Anderes ist, als ein ungeheuerliches Ausnahme-Gesetz, das in erster Linie gegen die Socialdemokratie sich richtet. Darüber haben wir uns schon des Defteren eingehend geäußert. Was uns heute beschäftigen soll, ist eine Betrachtung in Rücksicht auf den von Herrn v. Bennigsen im Reichstage gethanen Hinweis auf die Ausnahme-Gesetzgebung im Auslande, speciell in Frankreich. Es ist daran zu erinnern, daß auch in diesem Lande, wie in Deutschland, der Liberalismus früher mit Ausnahme-Gesetzen bekämpft worden ist.

Im Jahre 1820 ermordete in Paris der närrische Sattlergeselle Louvel den Herzog von Berry. „Da glaubte man“ — sagt ein Geschichtsschreiber — „die schlimmsten Tage von 1815 — den „weißen Schrecken“ — wieder erscheinen zu sehen. Tausend Hefruse erhoben sich gegen die liberale Opposition, die doch ganz unschuldig war, und aus dem Schmerz des Königs preßte die Fraction eine Reihe von Ausnahmegesetzen heraus.“

## Die Bekehrung Andree Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.  
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

### 1. Kapitel.

Andree Savenay hatte in einem großen Restaurant der Champs-Elysees in Gesellschaft zweier Kameraden vortrefflich zu Abend gespeist. Guntram v. Serenoize und Alfred Bernaud — so hießen sie — nannte er seine Freunde, ohne eigentlich recht zu wissen, weshalb — wahrscheinlich aber, weil es zur Gewohnheit geworden war, daß er überall mit ihnen zusammenkam, weil er in gleichem Alter mit ihnen stand, ihrer Welt und ihrer Kreise angehörte, weil er ihnen Geld lieb, wenn sie welches gebrauchten oder weil er gelegentlich auch einmal von ihnen einige Louisdor borgte.

Die drei jungen Leute — der älteste von ihnen war noch nicht dreißig Jahre alt — waren „von Familie“, wie man heute zu sagen pflegt, wo man reich sein muß, um ein Recht auf eine Familie zu besitzen.

Von Alfred wußte man, daß er im Bureau seines Vaters, eines reichen Bankiers, „arbeitete“, der seine jüdische Abstammung nicht verleugnete, trotzdem er sich hatte taufen lassen.

Guntram, der einzige Erbe eines Großhändlers aus der Touraine, bereitete sich vorläufig auf dem

Schon am Tage nach dem Attentat erschien der Minister in der Kammer, mit den Entwürfen von drei Ausnahme-Gesetzen in der Hand. Die Pressefreiheit, die individuelle Freiheit und das Wahlrecht sollten beschränkt werden. Zuerst ging es an die Presse. Die Pairskammer wählte eine Commission und der Bericht-erstatler empfahl Zusätze zum Pressegesetz, schlug allerlei Aushilfsmittelchen vor, gab aber die Wiedereinführung der Censur nicht zu, weil damit die „constitutionellen Bahnen“ verlassen würden. Ein zweites Mal genehmigte die Pairskammer ein Gesetz jedoch nur mit zwei Stimmen Mehrheit. Nun hatte die Deputirtenkammer zu entscheiden. Neun Tage lang wogten stürmische Debatten. Die ehrlichsten Anhänger der Monarchie wehrten sich mit aller Kraft gegen das Project. „Nicht will es bedünken“, — sagte Camille Jourdon — „daß es gerade uns, den alten Parteigängern des Königthums, den früheren Opfern der revolutionären Verfolgungen, zukommt, die Stimme zu erheben und der Opposition ihren wahren Charakter zu geben, den einer Opposition ohne jedes Gefühl der Bitterkeit, einer Opposition, die sich einzig auf Principien gründet, und die noch weniger um die Freiheit, als um den Thron selbst, den wir dabei am meisten bedroht sehen, besorgt ist.“

Benjamin Constant rief aus: „Dieses ist die Lage, wenn uns die individuelle Freiheit, die Pressefreiheit und die Freiheit der Wahl genommen sind, dann haben wir auch keine Charte mehr, ja nicht einmal die constitutionelle Monarchie; wir haben dann weder Monarchie noch Despotismus, sondern Revolution, Anarchismus. Wer möchte nicht schaudern, wenn die Nation solchen Gefahren ausgesetzt wird.“

Und der gelehrte königstreue Royer-Collard sagte: „Die Gesetze zur Unterdrückung der freien Meinungs-

äußerung sind Wucheranleihen, welche die Regierung ruiniren, während sie sich zu bereichern glaubt. Je furchtbarer und drohender die Parteien sind, desto größer ist die Unflugheit, ihnen die Verteidigung der Verfassung und den Schutz der öffentlichen Freiheiten als Manifest in die Hand zu drücken.“

Das Project der Regierung siegte mit geringer Majorität. Bald darauf kam der Entwurf gegen die individuelle Freiheit zur Debatte und ging ebenfalls durch. Es bildete sich ein großes Comité, darin Lafayette und Casimir Périer, um die Verfolgten zu unterstützen. Die Regierung verbot die Zusammenkünfte und strafte die Blätter wegen der Inserate. Dann mußte das Wahlgesetz Spießruthen laufen; das Bürgerthum würde zurückgedrängt, die Aristokratie begünstigt. Tendenzproceß folgte auf Tendenzproceß, Bergewaltigung auf Bergewaltigung. Jahre lang dauerte die Verfolgung und der Kampf. Zuletzt erließ der König im Juli 1830 die Presseordonnanzen, die alles Frühere überboten. Da schrieb Thiers das Wort, welches im Munde eines Constitutionellen fürchtbar ist: „Der Gehorsam hat aufgehört, eine Pflicht zu sein.“

Das war am 26. Juli 1830 — drei Tage später, am 29. Juli, befand sich der Repräsentant der monarchischen Hochmuthstollheit, König Karl X., auf der Flucht.

Nach dem Attentat Fieschis erließ Ludwig Philipp Ausnahme-Gesetze, und er endete lächerlich; nach dem Attentat Orsini's erließ Napoleon III. Ausnahme-Gesetze, und er endete jämmerlich. —

Auch dem deutschen Liberalismus ist in seiner Jugendzeit dieselbe Behandlung nicht erspart geblieben, die der entartete Liberalismus des Herrn v. Bennigsen heute der Socialdemokratie will zu Theil werden lassen.

Pflaster von Paris gemächlich darauf vor, eines Tages an seines Vaters Stelle die Ausbeutung seiner ländlichen und industriellen Arbeiter auf das Gründlichste in die Hand zu nehmen.

Der dritte endlich, Andree, war der Sohn eines hervorragenden Architekten, der vor mehreren Jahren gestorben war. Gegenwärtig lebte Andree mit seiner Mutter und seiner Schwester zusammen von einer bescheidenen Jahresrente von fünfzigtausend Francs. Er hatte die Rechte zu dirt, um sich wenigstens ein Ansehen zu geben, als thäte er etwas. Er war Advocat, aber er practicirte nicht. Dabei war er von den dreien noch der Beschäftigste.

Man hätte glauben können, daß sie in sehr fröhlicher Stimmung zusammen gespeist hätten. Das wäre jedoch ein Irrthum! Die Geschichtsschreiber der Zukunft werden berichten, daß im Jahre des Heils 1888 gefurde Fröhlichkeit nicht Chic (guter Ton) war, und die drei Freunde folgten der Mode des Tages zu genau, als daß sie ihren Vergnügungen einen Anspruch gegeben hätten, der vom „guten Ton“ verdammt wurde. —

Alfred, dessen blaßes, schwarzgeschnittenes Gesicht einen greisenhaften Zug hatte, und um dessen Lippen beständig ein Lächeln spielte, das an das Grinsen eines Clowns erinnerte, konnte nicht drei Sätze hinter einander sprechen, ohne Betrachtungen anzustellen über die Wichtigkeit aller Dinge im Allgemeinen und die schauerhafte Langweiligkeit des Lebens im Besonderen. Dieser trostlose Nestrain kehrte bei allem, was er sagte, ebenso

regelmäßig wieder wie der Tic, mit dem er alle zwei Minuten sein linkes Auge zuknickt, während ein Monocle auf unsichtbare Weise vor dem rechten Auge befestigt schien. Er hätte sein Lebtage nur gegähnt, hatte ein Spötter einmal vor ihm gesagt.

Und in der That, man braucht diesen blutleeren, vollständig entkräfteten, jugendlichen Greis nur anzusehen, um zu begreifen, daß er wirklich Ursache hatte, das Leben in einem so elenden Körper langweilig zu finden, — und sicherlich gähnte man dann aus Sympathie mit ihm.

Ganz im Gegensatz hierzu war man versucht zu lächeln, wenn Guntram mit seinem gutmüthigen, breiten, etwas bäurischen Gesicht, dessen röthlicher Teint, einem sechsjährigen Aufenthalt in Paris Trost geboten hatte, mit einer Stimme so mächtig wie die eines commandirenden Offiziers Alfred nachzuahmen suchte und dabei in kläglich sein tollendem Tone Phrasen aus pessimistischen Romanen hervorpolsterte.

Wenn man ihn nicht kannte, fragte man sich gewiß, von welcher schweren Last dieser robuste Junge so niedergebrückt sein konnte; und wenn man ihn kannte, so wunderte man sich wieder darüber, wie ein so leerer Kopf so schwer zu tragen sein könne. Andree dagegen war weder so verlegt wie der erstere, noch so schwerfällig wie der zweite. Ein reges, inneres Leben strahlte aus seinen schwarzen, funkelnden Augen, Klang aus dem warmen Tone seiner sonoren Stimme, aus seinem elastischen Schritt; und wenn er, was zuweilen geschah, in dem beschäftigten Müßiggang, der sein

Wir haben über diese Behandlung schon Manches mitgeteilt. Deutschlands Fürsten hatten das Vaterland verrathen und sich dem kaiserlichen Eroberer zu Füßen geworfen. Die deutsche Jugend war in die „Vereinskriege“ gegangen. Sie blutete und siegte. Als Preis dachte sie sich die Einheit und Freiheit des Vaterlandes. Das war eine arge Täuschung. Das neu gegründete Regiment „von Gottes Gnaden“ unter Leitung der Metternich und Consorten, lohnte die Nation durch die brutalsten Gewaltmaßregeln zur Unterdrückung des liberalen Geistes. Alle Rechte und Freiheiten wurden dem Volke vorenthalten. Die Männer, welche unter der Fremdherrschaft den Gedanken an die nationale Wiedergeburt wachgehalten hatten, wurden als „Verschwörer“, als „Umschwärzer“ verfolgt, weil ihre Absicht „auf Veränderungen im Innern“ gerichtet sei, wie es in einer Denkschrift der Bundes-Centralbehörde heißt. Einige liberale Gesellschaften in Bessen, Nassau und am Rhein begingen das Verbrechen, „in englischer und französischer Weise eine Gesamtrepräsentation des deutschen Volkes“ — also einen Reichstag zu verlangen. Sie wurden aufgehoben und ihre Mitglieder erfuhren die infamste Behandlung. Die Turnvereine galten als „Brutstätte des Landesverrats“. Den Burischenschaften warf man „Jakobinismus“ vor und sagte: sie bezien die Bauern „zum offenen Aufbruch gegen die Begüterten“ auf.

Als dann am 23. März 1848 Sand sein Attentat auf König und am 2 Juli desselben Jahres König seinen Mordanschlag auf den nassauischen Ministerpräsidenten Thell machte, da ging die Reaction vom Schritt zum Sturmschritt über. Ueberall wurde die Revolution, der gewaltthätige Umsturz gewittert.

Der Liberalismus hatte sich zu verbürgen gegen die in den Karlsbader Beschlüssen und sonstigen Äußerungen der reactionären Gewalten enthaltenen Verschwörung, daß er es auch darauf abgesehen habe, die „sittliche Weltordnung zu vernichten“. Die Demagogie brachte aus und traf die Männer des liberalen Gedankens.

Und heute sehen wir Führer des Liberalismus, einen Rudolf v. Bennigsen mit an der Spitze der Reaction marschieren und dieselben Waffen gegen die Socialdemokratie schärfen, die einst der Liberalismus zu yübelen bekam. Der hat damals mit der Reaction nicht gründlich abgerechnet, als das Strafgericht von 1848 über dieselbe hereinbrach. Aber dessen dürfen die herrschenden reactionären Gewalten und ihre Verbündeten nicht sein: die Socialdemokratie wird Abrechnung mit ihnen halten genau und unerbittlich und dem Rechte des Volkes den Sieg erringen.

**Politische Rundschau.**

**Deutschland.**

Die lächerliche Prädertie und Eitelkeit der „guten und gottesfürchtigen“ Kreise hat in diesen Tagen wieder Triumphe gefeiert. Unsere kult-

Leben ausfüllte, Zeit fand zum Nachdenken, so füllte er sich von einer sonderbaren Mißstimmung und einem merkwürdigen Gl. I. erfährt, und solche Stimmungen machten sich dann in beifolgenden Sarkasmen, in wüster Ironie, in spöttischen Bemerkungen Luft.

Seine beiden Kameraden liebten ihn nicht besonders, bewunderten ihn aber sehr und fürchteten ihn noch mehr. Dieses Original, dieser Andree hatte zuweilen Anfälle von einer Leidenhaftigkeit, die den Heizen Affen von Alfred vollständig aus der Fassung brachte und Spötteltrieb, daß es dem braven Gantram kalt über den Rücken lief.

Sie hatten also in der melancholischen Stimmung von der Welt die herzlichsten Gerichte verpeißt, sie hatten mit blasierter Gleichgültigkeit mehrere Flaschen Chateau Lafitte geleert, sie hatten von Frauen und Pferden mit derselben südenwürdigsten Gleichgültigkeit geplaudert, und jetzt saßen sie, ausgezeichnete Herren zwischen den Jahren, in der trüben Flut eines Octobertages, nicht weit von dem Triumphbogen und sprachen von diesem und jenem. Andree lachte. Ein nervöses, trockenes Lachen erweckte bei Gantram ein bröckelndes Echo. Alfred vergaß zu gähnen, was seine Art frühlich zu sein, bedeutete. In diesem Augenblicke hätte man die drei jungen Leute wohl nicht zu dem Geplänkel bewegen können, daß es auch solche Momente im Leben gebe, wenn nicht unglücklicher Weise ihr erster Mißgelingen die Frage angeregt hätte:

„Was werden wir heute Abend anfangen?“ Sie hatten bisher noch nicht daran gedacht; und nun war

samen Centrumsabgeordneten haben einen Selbstzug eingeleitet gegen die vielen „nackten Figuren“ im neuen Reichstagsgebäude. Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ hatte sich schon vorher besonders über die nackte „Justitia“ beschwert, die dem Stuhle des Reichstagspräsidenten zur Zierde dient. Jetzt soll diese unsittliche Verkörperung unserer Rechtspflege auf Beschluß der Reichstagsbaucommission „zu der Hand“ entfernt werden. Treffend bemerkt die „S. B. Z.“, daß die nackte Person, der man vielleicht einen Unterrock und eine gut schließende Taille anzieht, hoffentlich in irgend ein Museum kommt, wo sie späteren Geschlechtern Kunde giebt, wie züchtig es am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland zugegangen ist.

— Herr Hans Blum, der kleine Sohn seines großen Vaters, hat an der Lektion, die er nun zu wiederholten Malen von der Socialdemokratie empfangen, als Quittung für die handwerksmäßigen Verläumdungen derselben, augenscheinlich immer noch nicht genug. Er veröffentlicht jetzt einen Artikel in der „Magdeb. Zeitung“, in welchem er wieder einmal beweisen will, daß die Socialdemokratie Deutschlands i. B. mit Boulanger hochverrätherische Beziehungen unterhalten habe. Sein einziges Beweismittel für diese schwachvolle, schöff: Uaterstellung, ist ein Schreiben Boulangers an den Generalstaatsanwalt, in welchem es heißt:

„Ich wollte aber vor Allem — Sie nöthigen mich zu bedeutenden Enthaltungen — unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die mit den Socialdemokraten eines gewissen Landes Verbindungen unterhalten, so daß ich auf deren Dienste zählen konnte an dem Tage, der dem Ausbruch des Krieges vorausging, aber erst an eben diesem Tage. Aus diesem Grunde warre ich in diesem Blatte Leute haben, die an der socialdemokratischen Bewegung Theil genommen hatten. Zu einem verartigen Zwecke brauchte ich nicht blos eine mir ergebenen Zeitung, sondern eine Zeitung, welche in gewisser Hinsicht sogar das Eigentum des Kriegsministers sein mußte, eine Zeitung, deren Mitarbeiter man handeln und schreiben lassen konnte, ohne daß sie auch nur eine Ahnung hatten, von dem Ziele, dem man zustrebte. Ich werde nicht mehr sagen, und die Intimität Ihres Vorgehens war nöthig, um mich zu dergleichen Enthaltungen zu zwingen.“

Ein nicht socialdemokratisches Blatt, die „Berl. Volksztg.“, bemerkt zu dieser Blum'schen Beweiführung:

„Neu sind die Enthaltungen nicht, sie sind längst in Paris von Daniel gedruckt. Gegen die Socialdemokraten beweisen sie nichts, gar nichts. Es geht aus ihnen nur hervor, daß Boulanger angeschlossen — denn wer glaubt einem solchen Abenteuer überhaupt ein Wort? — den Plan hatte, an die Socialdemokraten heranzugehen. Daß er aber mit diesem seinem albernem Beginnen Erfolg gehabt hätte, darüber schweigt Herr Blum.“

Daß sich die Behauptungen dieses „Ordnungsmann“ als nichts weiter wie erbärmliche Verleumdungen charakterisiren, wird eine gewisse Sorte von Leuten, deren Geschäft es ist, die Socialdemokratie zu beschimpfen und mit Kohl zu bewerfen, gewiß nicht abhalten, die Blum'schen „Enthaltungen“ mit Freuden als brauchbares Material im „geistigen Kampfe“ gegen die Umsturzpartei zu verwerthen. Wir können mit Verachtung auf diese Sorte „Segner“ herab.

— Karalische Vernichtung bedeutet ein Urtheil des Dresdener Amtsrichters für den Vertreter Dres-

der diese Gedanke, daß sie dasselbe beginnen würden, wie alle Abende, daß sie dieselben bekannten Gesichter niedersehen und Stunden lang in ihrem Club am grünen Tische verweilen würden, schon genügend, um sie auf das Beste zu verstimmen.

„Kann man denn wirklich nicht einmal etwas Neues erfinden?“ sagte Alfred und gähnte dabei verweilt.

„Wollt Ihr Euch heute Abend einmal ansehen, was ich von meiner Reise aus Spanien mitgebracht habe?“ fragte Andree vor.

„Was?“ fragten die beiden anderen, trotz darüber, daß sie nicht länger über eine so schwärzige Frage nachzudenken brauchten. — Und die kleine Gruppe ging die Allee entlang und schritt auf den Park von Resceca zu, in dessen Nähe sich das Haus Andrees befand.

„Wahrscheinlich rief Gantram aus: „Halt, was ist denn hier los?“

Er wies mit dem Finger auf eine ungeheure Glaslucpe, die rings um elektrischen Lampen geschmückt war, deren Schein das Auge blendete.

Unter einer mit Glas geübten verzierten Galerie zwischen zwei mit Gips verzierten Säulen und zwei freistehenden Nischen stützten, schlangte sich ein mit Kies besetzter Weg entlang. Versäulerte Statuen, die Pagen in der Tracht in der Remisezeit darstellten, trugen Säulen und ein maßlos mittelalterlicher Marmor war es, der hier seltsame Dar-

dens im Reichstage, den Antifemiten Zimmermann. In einer Privatklage des Reichstagsabgeordneten Zimmermann gegen den Verleger der „Neuesten Nachrichten“ in Dresden, Herrn Gumber wegen Verleumdung, hat das Gericht in der umfangreichen Begründung dem Abgeordneten Zimmermann gemachten Vorwürfen der unwürdigen Doppeltätigkeit, sowie die Behauptung der gegen das Actien- und Handelsgesetz verstößenden Manipulationen bei der Gründung der Actiengesellschaft „Deutsche Wacht“ als vollkommen erwiesen angesehen. Zimmermann hat bekanntlich bei der Umwandlung der Wochenschrift „Deutsche Wacht“ in eine Tageszeitung und Actiengesellschaft für die Ueberlassung der Zeitung an die Gesellschaft sich 20,000 Mark ausfolgen lassen, welche Summe er in Gestalt von 100 Actien à 200 Mark erhielt. Den Gründern wurde aber die Kaufsumme nicht nur verschwiegen, sondern es wurden zu der Gründung besonders dadurch Personen herangezogen, daß in dem Project ausgeprengt wurde, Zimmermann habe selbst Actien im Werthe von 20,000 Mark gezeichnet. Das Gericht gewann durch die Feststellung dieser Thatsachen die Ueberzeugung, daß die Handlungsweise Zimmermanns, wenn auch nicht criminell strafbar, so doch jedenfalls gegen Treu und Glauben verstoße und als eine unredliche bezeichnet werden müsse. Daß dem Privatkläger Zimmermann durch die Gründung ein Vortheil erwuchs, sei nicht zu bezweifeln, denn er erhielt neben einer Anstellung mit 6500 Mark Jahresgehalt noch 20,000 Mark und zwar in der Form von Actien. Ein derartiges, dem Eigennutz dienendes Verhalten verdiene eine Kritik, die nur in der Form, nicht in der Sache von derjenigen, die der Angeklagte in seinem Urtheil geübt hat, abweicht. Der Beklagte konnte deshalb auch nur wegen der Form seiner Artikel bestraft werden. Mit diesem Urtheil, über welches der „Elbthalbote“ ausführlich berichtet, ist über die ganze Dresdener Reformpartei und ihren Leiter Zimmermann der Stab gebrochen. Dieselben Leute, die mit lautem Geschrei gegen den Gründungsschwindel der Juden zu Felde zogen, sind hier bei einem ganz gemeinen Gründungsschwindel ertappt worden, bei dem um so erschwerender ins Gewicht fällt, daß es die eigenen Parteifreunde waren, die getäuscht worden sind. Herr Zimmermann ist obendrein unwürdige Doppeltätigkeit vom Gericht ausdrücklich nachgewiesen, insofern er gegen einen persönlichen Freund ein Pamphlet richtete, in welchem er denselben heftig angriff, während er fast gleichzeitig unter seinem Namen denselben Freund Goethe an die Seite stellte. Auch hier stellt das Urtheil eine Täuschung fest. Derbere Keulenschläge sind wohl noch nicht durch ein Gerichtsurtheil gegen einen in öffentlichen Leben stehenden Mann geschleudert worden. Und dieser Mann hat den Muth, das Ehrenamt eines Reichstagsabgeordneten weiter zu bekleiden! Nur, die nächsten Reichstagswahlen werden dafür sorgen, daß Herr Zimmermann von der Bildfläche verschwindet.

— Vorsicht, Resonanzheit kann den Parteigenossen nicht eindringlich genug empfohlen werden, bezüglich der Behandlung der Frage des Eigenlebens bei einem Hoch auf den Kaiser. In Regensburg ist nach dem dortigen „Laublot“ ein Socialdemokrat anlässlich der

und diese seltsame Kunst beim Eingang in diesen falschen Garten darboten.

„Das?“ sagte Andree, „das ist der Wagramsaal. Hier tanzt und speist der „kleine Mann“. Wild ist das Local Ballsaal, bald Versammlungssaal, aber immer ein ordinärer Ort!“

Ein Arbeiter ging eben unter dem blendend erhellten Bogengang entlang.

Andree rebete ihn an: „Können Sie mir vielleicht sagen, was heute Abend hier los ist?“

Ohne stehen zu bleiben, hieß der Mann die Worte hervor:

„Große Protestversammlung zu Gunsten des Streiks in Charlevoix, Bürger.“

„Jamos,“ rief Andree, „also irgendetwas socialdemokratischer Klimbim! Da habe ich eine Idee. Wie wär's, wenn wir hineingingen? Das wäre ein Spaß, der Geld werth ist.“

Alfred schnitt eine Grimasse, und Gantram bemühte sich, seinem Vorbilde nachzuahmen. Augenscheinlich lag ihnen wenig daran, sich in diese ihnen so fremde Welt zu begeben. Aber Andree beharrte dabei.

„Wer weiß? Das kann vielleicht sehr lustig werden. Jedenfalls giebt es hier viel Neues zu hören; und morgen könnten wir den Freunden unser Abenteuer erzählen. Wie werden sie lachen über die Dumakeiten, die unsere Herrn Mitbürger hier zu Tage fördern werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Art, in der er die Hochaffaire des Reichstages in einer Versammlung besprach, wegen Majestätsbeleidigung verhaftet worden.

Die Russifizierung unseres Vereins- und Versammlungs-Gesetzes soll von der preussischen Regierung bestimmt in Aussicht genommen worden sein. Mit der Vorlage will sie, wie wir gleich nach Bekanntwerden der Thronrede vermutheten und wie jetzt von mehreren Seiten bestätigt wird, erst hervortreten, wenn das Schicksal der Umsturzvorlage im Reichstage entschieden ist. Die „Germania“ bemerkt hierzu im Anschlusse an eine Auslassung der „Volkzeitung“:

Vielleicht können die Commissarien der preussischen Regierung in der „Umsturzcommission“ des Reichstages schon jetzt bestimmten Aufschluß über das Bestehen eines solchen Planes und eventuell über den Inhalt der geplanten Vorlage freiwillig geben oder zu geben veranlaßt werden. Jedenfalls wird es für die Beurtheilung der Umsturz- und Oppositionsvorlage, die für das ganze Reich bemessen ist, von wesentlichem Werthe sein. Schon jetzt kritisch festzustellen, welche weiteren Schritte zur „Bekämpfung des Umsturzes“ parallel mit der Reichsgesetzgebung einzelne Landesgesetzgebungen zu thun beabsichtigen, noch viel wichtiger wäre es, wenn bei derselben Gelegenheit zugleich festgestellt werden könnte, in welcher Weise besonders seitens der preussischen Regierung eine positive Ausführung des kaiserlichen Auftrags zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung ins Auge gefaßt worden ist.

Etwas haben die Agrarier mit ihrem agitatorischen Dauergeschrei über die Noth der Landwirtschaft erreicht. Es ist ihnen gelungen, hier und da die Pachten für königliche Domänen herunterzudrücken. Die dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Ergebnisse der im Jahre 1894 anderweitig verpachteten 56 Domänen vorwerke ergeben eine Verminderung der Pächterträge von 1,030 888 auf 937,458 Mk., also um 93,430 Mk. oder etwa 10 pSt. Die abgelassenen Pachterträge basiren allerdings meist aus der Mitte der siebziger Jahre wo die Preise abnorm hoch waren. Pachterträge sind bei 22 Domänen eingetreten. In der Provinz Sachsen stehen aber 4 Pachtermäßigungen 4 Pacht erhöhungen gegenüber, in Hannover 5 Ermäßigungen 15 Erhöhungen. Danach scheinen die Pächter in diesen Provinzen an eine Krise in der Zuckerindustrie nicht zu glauben.

Die Inschrift am Reichstagsgebäude wird nunmehr halb ein Wurm, der nimmer sterben kann. Nachdem sich die Reichstagsbaucommission mit Sägen und Würgen entschlossen hatte, die Worte „Dem Deutschen Reich“ an die bewusste Tafel anbringen zu lassen, soll nunmehr doch und zwar in Folge Anregung von sehr hoher Stelle die Inschrift lauten: „Dem deutschen Volke“. Uns kann's gleich sein, denn — was hilft uns der Mantel, wenn er nicht gerollt ist?

Das neue bürgerliche Gesetzbuch. Auf einem Festmahl, das die nationalliberale Partei am Sonntag veranstaltet hatte, um nachträglich den 70. Geburtstag ihrer Mitglieder v. Hobrecht und Günther zu begehen, theilte Geheimrath Wand, Mitglied der Commission für Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches, mit, daß die Commission in diesem Jahre ihre Arbeit beendigen werde, so daß das Werk im nächsten Jahre dem Reichstage zugehen könne.

Frankreich.

Eine ganz vortreffliche Schilderung der heldenmüthigen Epigubengeellschaft, welche das schöne Frankreich bisher beherrschte und wohl noch ein Weniges weiter beherrschen und ausräubern wird, giebt unser Genosse Paul Lafargue in einem an die „Wiener Arbeiterztg.“ gerichteten Briefe, den wir folgendes entnehmen:

Casimir Perier hatte Glück, daß er nicht gezwungen war, seine Demission im Senat und in der Kammer persönlich zu verlesen: seine Freunde hätten ihn gelyncht. Solche Wuth hat man noch nicht gesehen; die Greise des Senats waren die wildesten; sie hatten ihre Stimmen wiedergefunden, um Perier zu beschimpfen, um ihm zuzuschreien: Feigling! Memme! Verräther! Man sprach selbst davon, ihn in Anklagezustand zu versetzen, weil er von seinem Posten desertirt sei; man citirte die Geschichte eines Directors einer Spinnerei, der kürzlich verurtheilt wurde, weil er seinen Post, ohne drei Monate vorher zu kündigen, verlassen hatte. Und der naive Casimir hatte sich eingebildet, daß er zur Vergrößerung seines Ansehens wiedergewählt werden würde.

Sie haben entschieden kein Glück, die Capitalisten und Reactionäre. Das ist nun der dritte „Reiter“, der ihnen in der Hand zerbricht. Der Marschall Mac

Mahon, der das Paris der Commune viel eifriger bombardirte als Moltke und Bismard, Mac Mahon, der die Monumentalbauten in Flammen setzte, war zum Präsidenten gewählt worden, um die Republik zu erdroffeln, sowie er die 30,000 Kämpfer der Revolution des 18. März gemordet hatte, und um die Monarchie wieder herzustellen: er gab seine Demission auf Befehl der republikanischen Partei. Auch General Boulanger hätte ein Messias werden sollen; er hatte ja die Pariser auf Befehl des Mac Mahon massaktrirt. Aber bei der ersten Drohung, als Aufwiegler ins Gefängniß genommen zu werden, ergriff er die Flucht wie ein Gase, der von weitem einen Hund bellen hört.

Kein Zweifel, den Herren vom Militär mangelt der gewöhnlichste bürgerliche Muth. Beim Staatsstreich ließ Napoleon III. ein halbes Duzend Generale einfangen; sie übergaben ruhig ihre Degen, obwohl Changanier und andere geschworen hatten, daß sie dreienigen eine Kugel in den Kopf jagen würden, der sie gefangennehmen wollte.

Die Capitalisten verloren den Geschmack an den Säbeltrählern und wählten Casimir Perier; er war ein Capitalist wie sie und ein wilwüthender Ausbeuter. In seinen Bergwerken von Anzin hatte er die Vereine seiner Arbeiter unterdrückt und diese verhindert, von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen. Er besaß 50 Millionen, während dreier Generationen angehäuft durch Wucher, Bankschwindel und Arbeiterausbeutung. Er war der Gatte jenes Casimir Perier, der im Jahre 1831 die Handwerker von Lyon und die Republikaner von Paris massaktrirt hatte. Endlich, sagten die Capitalisten, haben wir einen wackeren Vertheidiger des Eigenthums an der Spitze; von der socialistischen Partei angegriffen, wird er den Socialismus ersticken. Und dieser Held, den sie für sieben Jahre gewählt hatten, hat nach kaum sieben Monaten seine Posten verlassen; sein ruhiges Leben als Millionär ist ihm lieber als die Anerkennung seiner Klasse. Der Capitalismus ist die Herrschaft der Verfälschung, des Schwindes; seine Helden können nur Puschwerk sein, sie sind Talmi-Helden.

Es ist zum Verzweifeln! Und um das Unglück vollzumachen, sind es die Socialisten, die den Casimir geschlagen und in die Flucht gejagt haben. Am Tage nach seiner Wahl hatten sie ihm den Krieg erklärt und ihm seither keine Minute der Ruhe vergönnt. Casimir versuchte Widerstand zu leisten, die Ermordung Carnot's hatte die Panik in's Parlament geworfen. Die Deputirten schloßen kaum mehr, jeder sah unter seinem Siege ein Brunnest der Anarchisten. Casimir nützte diese wahnsinnige Furcht aus, er ließ sich durch Kammer und Senat ein Gesetz votiren, das unter dem Vorwande, den Anarchismus zu treffen, ihm gestatten sollte, sich der Socialisten zu entledigen, indem er sie in die Strafcolonien verschicken wollte; das gestand ganz heiter sein Secretär Paul Lafargue (aber kein Verwandter von mir, nicht einmal im fünfzigsten Grade). Indessen machten die Socialisten in den fünfzehn der Berathung dieses Gesetzes gewidmeten Sitzungen so viel Lärm, daß sie das öffentliche Gewissen gegen Casimir und seine Majorität aufwühlten. Das Gesetz ist todt, Buchstabe geblieben.

Und wieder die Socialisten gaben ihm den Gnadenstoß. Die Verletzung Nagual's in Anklagezustand, weil dieser 1883 in seiner Eigenschaft als Minister der öffentlichen Arbeiten die verbrecherischen Verträge mit den Eisenbahngesellschaften vorgeschlagen und abgeschlossen hatte, traf Casimir selbst voll in's Angesicht; er war ja Mitglied eines Ministeriums der Panamisten gewesen, der den Staatskassag den cosmopolitischen Finanzmännern der Eisenbahnen auslieferte. Man behauptet, daß diese ungefähr 30 Millionen in den Ministerien, im Senat, in der Kammer und an die Presse ausgetheilt haben. . . .

Unsere Panamisten sind die ersten Gauner der Welt; sie beschämen selbst die von London und New-York, die gewis Leute „vom Fach“ sind. Diese fangen ihre Opfer mit Citaten aus der Bibel; aber die Religion, das ist ein alter Kniff. Unsere Epiguben sind ganz modern, sie sind Freidenker, Atheisten, selbst jene, die sich den päpstlichen Segen geben lassen, wie Bontoux und Feder, die sehr gut hätten einen Lehrstuhl für Beutelschneiderei ausfallen können.

Es sind verfluchte Kerle, unsere Panamisten! Casimir verläßt den Posten, den sie ihm anvertraut hatten; man glaubte sie besiegt; aber unverstämter denn je, wählen sie Felix Faure, der seit zwanzig Jahren mit ihnen in Compagnie schwindelt. Bisher hatten wir die Panamisten der Republik, jetzt haben wir die Republik der Panamisten. Die socialistischen Abgeordneten begrüßten die Wahl Faure's mit dem Rufe: „Es lebe die Republik der Diebe!“

England.

Reir Gardie hielt am 19. d. Mts. einen Vortrag in der „Fabian Society“ (Fabiergesellschaft) über Socialismus und Politik. Er beklagte es, daß so fähige Männer wie die Fabier noch immer dem Glauben huldigten, die bürgerlichen Parteien könnten für den Socialismus was thun. Anstatt ihre Kraft am Liberalismus zu verschwenden, wäre es viel besser, sie der Erziehung der Arbeiter und zur Bildung einer selbstständigen socialistischen Partei zuzuwenden. Die Fabier sollten sich vom Liberalismus, Progressivismus und anderen „ismen“ nicht nasführen lassen. Es gälte, das Proletariat vom Liberalismus loszulösen und es zu einer selbstständigen socialistischen Partei zusammenzufassen. Nur ehrliche Socialisten könnten den Socialismus verwirklichen. — Die am 22. d. M. stattfindende Ersatzwahl ist durch das Ableben eines conservativen Abgeordneten veranlaßt. Eine Abnahme der liberalen Stimmen könnte für die liberale Regierung gefährlich werden. — Am 26. d. Mts. finden überall in England Arbeitslosen-Rundgebungen statt; in London auch am 3. Februar — also zwei Tage vor dem Zusammentritt des Parlaments. — Die Socialdemokratische Federation hat diese Woche zwei bedeutende Siege zu verzeichnen. In Northampton, dem Wahlkreise Laboucheres, des englischen Eugen Richter, wurde ein Socialdemokrat mit der stärksten Stimmenzahl in die Schulcommission gewählt und der andere in den Gewerkschaftsrath; der dritte socialdemokratische Candidat ist zwar nicht gewählt worden, aber er erhielt 2919 Stimmen. — Die socialistische Propagandazschrift Merrie England (Lustiges England) hat bereits eine Auflage von 700,000 Stück erreicht.

Amerika.

Opfer der Klassenjustiz sind die Führer des Streiks der Eisenbahnarbeiter in Chicago geworden. Richter Woods hatte entdeckt, daß das Gesetz gegen die Truffs und Ringe ihm die Möglichkeit bot, Debs und Genossen zu verurtheilen, ohne sie vor die Geschworenen zu bringen. Er dachte: Geschworene werden Debs und Genossen freisprechen, aber Pullman und die Millionäre wünschen eine Verurtheilung der Arbeiterführer. Da mußte die Kunst der Jurisprudenz ausschelfen. Für uns in Deutschland ist es nicht überraschend, wenn plötzlich ein Paragraph des Strafgesetzbuchs auf irgend eine Handlung angewendet wird, die bis dahin von Jedermann für straffrei gehalten worden ist. Hier feiert man den findigen Staatsanwalt und Richter, der es versteht, auf diese Weise die Rechtsprechung auszubilden. Anders liegt die Sache in Amerika. Dort finden sich noch im Bürgerthum Elemente, die solche „Ausbildung“ der Rechtsprechung für einen Einbruch in die Rechtssicherheit halten. So wirft ein Einsender im „N. Y. Herald“ die Frage auf, ob ein Amerikaner, der eines Verbrechens beschuldigt wird, nicht länger zu einem Verfahren vor Geschworenen berechtigt sei. „Was,“ so ruft er Angesichts des Debs'schen Falles aus, „was ist aus unserer Constitution, was aus unserer „Bill of rights“ (Erklärung der Menschenrechte) geworden! Der Artikel VI der Amendements zu der Verfassung der Vereinigten Staaten heißt wörtlich folgendermaßen: „In allen strafrechtlichen Untersuchungen soll der Angeklagte das Recht auf ein schnelles und öffentliches Verfahren durch ein unparteiisches Geschworenen-Gericht des Staates und Distrikts genießen, in welchem das Verbrechen verübt wurde, welcher Distrikt vorher durch Gesetz festgesetzt sein soll, und er soll das Recht haben, vom Wesen und Ursache der Anklage unterrichtet zu werden, den Belastungszeugen gegenüber gestellt zu werden, seine Entlastungszeugen durch gerichtlichen Befehl vorladen zu lassen und den Beistand eines Rechtsanwalts für seine Vertheidigung zu haben.“ Dazu bemerkt die „New-Yorker Volkszeitung“: „Gegenüber dieser klaren Bestimmung unserer Verfassung stand Debs und Genossen aber von einem Einzelrichter verurtheilt worden und dadurch der Rechtswohlthat der Geschworenen verlustig gegangen. Unter Rücksicht auf diese Thatsache hat der erwähnte Einsender im „Herald“ abso'ut Recht, wenn er ausruft: „Die öffentliche Meinung sollte sich erheben angesichts der Thatsache, daß, wenn unsere Freiheiten der Auffassung eines einzelnen Richters unterstellt sind, wir zurückkommen zur Lage der Dinge, die in England die Bürgerkriege entsachten, und die den Erlaß der Habeas Corpus Akte nöthig machten.“ Weiter erklärt dasselbe Blatt: „Zwei Dinge machen diesen Mißbrauch des Gesetzes im Falle Debs noch ärger. Erstens: Das Gesetz, auf Grund dessen das Urtheil gesprochen wurde, war niemals gegen Streiks erlassen worden. Die Gesetzgeber hatten die Absicht, mit jenem Gesetze die Truffs und Corporationen zu treffen, während der Richter Woods dasselbe gegen Arbeiterverbindungen anwandte. Weiter ist dieses Gesetz nie gegen Corporationen, gegen die es

ursprünglich bestimmt war, angewandt worden, sondern jetzt nur gegen Arbeiter. Angesichts dieser Thatsachen ist der Kleinbürgerliche Einsender im „Herald“ im Recht, wenn er meint: Wenn die Corporationen den Tag der Abrechnung, der sicher kommen wird, beschleunigt zu sehen wünschen, dann sollen sie nur einige derartige Verhandlungen mehr veranlassen, wie jene gegen Debs es ist. Leider sieht die Arbeiterklasse des Landes in ihren eigenen Angelegenheiten bei Weitem nicht so klar, als es selbst Angehörige anderer Klassen thun. Sie möchten sonst andere Maßregeln treffen, um solche Urtheile, wie das gegen Debs und Genossen, unmöglich zu machen.“

Gouverneur Altgeld von Illinois äußerte sich über den schlaunen, de. Capitalisten so dienfbaren Richter wie folgt: „Niemand, der Richter Wood's Vergangenheit einigermaßen kennt, kann überrascht sein. Sie erinnern sich wohl, daß sich im Senat gegen seine Bestätigung Opposition erhob. Er zog als Richter die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes dadurch auf sich, daß er Dudley und einige andere dunkle Ehrenmänner, „Blocks of five“-Angehörige, vom Zuchthaus rettete. Sie waren angeklagt und schuldig befunden worden, die Stimmgeber von Indiana zu Schurkereien verleitet zu haben, um Harrisons Wahl durchzusetzen, und sollten in's Zuchthaus wandern. Harrison schrieb seine Erwählung dem „HERRN“ zu und Richter Woods fühlte wohl, daß wenn Dudley in's Zuchthaus käme, dies auf den „HERRN“ ein sehr schlechtes Licht werfen würde und er ging hin und rettete Dudley in schamloser Verletzung des Gesetzes. Er war seither als Richter an vielen Unternehmungen theilhaftig, die gewöhnlichen zänkigen mindestens sehr sonderbar vorkommen müssen. Dies Schauspiel, große Verbrecher und große Corporationen vor dem Arme der Gerechtigkeit zu schützen und dann hinzugehen und eine aus 27,000 Worten zusammengesetzte Bilanz loszulassen über die Erhabenheit des Gesetzes, zeigt einfach die außerordentliche Geschmeidigkeit und Jungensfertigkeit des Mannes. In der Debs-Affaire wollten die Corporationen eben Debs im Gefängnis haben und auf die Thatsachen oder das Gesetz kam es gar nicht an; Jedermann, der Woods Carrière kennt, war von vornherein sicher, daß die Corporationen erhalten würden, was sie verlangten.“

Man beachte, daß diese Kritik des Richters Woods vom obersten Beamten des Staates Illinois herrührt.

**Parteiangelegenheiten.**

Gegen die Umsturzvorlage sprach am letzten Sonntag der Reichstags-Abgeordnete Schmidt-Magdeburg in „Groß Garten“ vor etwa 500 Personen. Mit sichtbarstem Interesse folgten die Anwesenden dem zweifelhafte Vortrag und gaben durch reichen Beifall den Ausführungen Schmidts ihre Zustimmung. — Am gleichen Tage fand in Gotha nach Vereinbarung mit der dortigen freisinnigen Volkspartei eine gemeinschaftliche Volksversammlung statt. Dieselbe war sehr zahlreich besucht. Von unserer Partei sprach Genosse Bock, von Seiten der freisinnigen Volkspartei der Redacteur Hinnelein. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher flammender Protest gegen die Umsturzvorlage erhoben wurde. Die freisinnige Vereinigung hatte die Einladung abgelehnt. — In Gera sprach ebenfalls am letzten Sonntage Reichstags-Abgeordneter Baum vor etwa 90-1000 Personen. — In Schmalk sprach die Genossin Teubner-Röhl und Dr. Singsen über das geplante Umsturzgesetz. Eine Protestresolution fand einstimmig Annahme. — Am Sonntag, den 20. Januar, fand in Bodenheim bei Frankfurt für die Orte Adelsheim, Dörsheim und Umgegend eine Volksversammlung statt, die Versammlung mußte in Bodenheim stattfinden, da die Genossen in Adelsheim keinen Saal zu Versammlungen besaßen; die Versammlung war von dreihundert Personen, unter denen sich eine ganze Anzahl Frauen befand, besucht. Reichstags-Abgeordneter Genosse Dr. Sühne sprach unter lebhaftem Beifall über die Umsturzvorlage; eine Resolution, in welcher sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten, fand einstimmige Annahme. Die Versammlung wurde von einem Frankfurter Polizeicommissar überwacht. — Mindestens 200 Personen hielten sich am Sonntag im „Saalbau“ zu Rausheim eingefunden, um Protest einzulegen gegen das geplante Umsturzgesetz. Reichstags-Abgeordneter Vins-Stuttgart hatte das Scharf übernommen. Seine Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und die vorgeschlagene Resolution fand gegen eine Stimme Annahme.

Eine in Friedrichshagen abgehaltene Parteiconferenz des 11. bezüglichen Wahlkreises beschloß mit 21 gegen 7 Stimmen eine Resolution, nach der die Parteiverträte nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden sollen, die den aus der Partei ausgeschiedenen Dr. Köhl fernhalten in 1. Versammlungen sprechen lassen. Dr. Köhl hat vorher durch seine Freunde mit der Unterstützung eines in der Partei völlig Unbekannten ein Eingehen zu seiner Berichtigung vorbereitet lassen.

Der Provinzial-Parteitag für das östliche Westfalen und die Lippeischen Fürstenthümer, der am 13. Januar in Bielefeld tagte, war von 57 Delegirten besucht, welche 46 Orte vertraten. Die Commission der Agitations-Commisssion wurden von Berichtsprüfer als genehmigt. Es waren nur 700 Mk. eingebracht, die Agitation erwidern die gleiche Höhe. Zum Bericht wurde Köhl gewählt und beschlossen, das Agitations-Comité auf fünf Personen beschränken zu lassen. Zu diesem wurden gewählt die Genossen Hoffmann, Glomb, Kricheldorf, Köhling und Schumann. Die Propagation ist in der

Provinz fleißig betrieben worden; es wurden vertheilt 11,534 Broschüren, welche 332 Mk. gekostet haben. In Bezug auf die Organisation und Agitation stellte der Parteitag folgende Punkte auf: In allen Orten, wo dies irgend möglich ist, sind selbstständige politische Vereine zu gründen. Diese Vereine haben die planmäßige Agitation in Stadt und Land als Hauptaufgabe sich zu stellen. — In solchen Orten, wo selbstständige politische Vereine zu gründen nicht möglich ist, wird den Genossen empfohlen, Bildungsvereine oder Clubs zu gründen, welche für die geistige Durchbildung zu sorgen haben. — Zur Agitation wird empfohlen, von Massenausflügen nach einzelnen Ortschaften Abstand zu nehmen; dagegen ist es dringend erwünscht, daß die ländlichen Bezirke planmäßig von den nabeliegenden Städten bearbeitet werden, indem in regelmäßigen Zeiträumen einzelne Genossen mit geeignetem Broschürenmaterial auf die Dörfer gehen und hier persönliche Beziehungen mit einzelnen Personen — vielleicht Hausindustriellen, Tabakarbeitern, Webern u. s. w. — anknüpfen. Es muß versucht werden, in jedem Dorfe einen Stamm zuverlässiger Genossen zu erwerben, welche dann weit besser geeignet sind, die unablässige mündliche Agitation zu treiben, als dies von den Städten geschehen kann. — Da die „Volkswacht“ durch die auswärtigen Filialbedingungen zu viele Einbuße erlitten hat, wird beschlossen, diejenigen Filialen, welche nicht pünktlich abrechnen, eventuell eingehen zu lassen. — Zum Ort des nächsten Parteitages wird Herford bestimmt.

Die Socialdemokraten Amdahls werden bei den nächsten anhaltischen Landtagswahlen in eine energische Agitation eintreten und selbständige Candidaten aufstellen.

Die Aufhebung der Beschlüsse über die Deffauer Waldschloß-Brauerei ist von den dortigen Parteigenossen in einer Versammlung beschlossen worden.

Zootenische der Partei. In Hiesenburg starb der Parteigenosse Jonner Hansen im Alter von 33 Jahren an der Proletarierkrankheit. Die zahlreiche Theilnahme an seinem Begräbniß legte Zeugnis ab für die Achtung, die der Verdorbene bei den Genossen sich erworben.

Wie das Volk seine Todten ehrt, das konnte die Bevölkerung von Ludwigshafen am letzten Sonntag sehen. Mindestens 1500 Personen gaben dem im frühen Alter verstorbenen Parteigenossen Dingg das Geleit zu seiner letzten Ruhestätte. So waren es die socialdemokratische Partei Ludwigshafens, sämtliche Gewerkschaften, die Arbeiter der Sulzerischen Fabrik, die Fabrikleitung selbst, die former Mannheims u. s. w. alle den Todten durch Kranzniederlegung mit entsprechenden Widmungsworten ehrten.

**Arbeiterbewegung.**

Die Differenzen in der Velocipedfabrik von Hillmann, Herber u. Sanger in Hungenhof-Kürnberg sind am Sonntag beglichen worden. Die Direction erklärte sich bereit, die Fabrikbedingung in 14 Tagen im Verein mit der Arbeiter-Commission zu ändern, wenn am Montag die Arbeit um 7 Uhr morgens pünktlich wieder aufgenommen wird. Die Direction sicherte außerdem zu, daß keinerlei Maßregelung statfindet. Die Streitenden erklärten sich mit dieser Abmachung mit allen gegen drei Stimmen einverstanden.

Die streikenden Schneider der Werkstätte von Weber in Magdeburg verhandeln mit dem Arbeitgeber zu unterhandeln, wurden von diesem aber kurz abgewiesen.

Wien, 21. Jan. In der Kammer von Gebrüder Haas in Straßburg i. E. ist wegen einer Lohnkürzung von 30 pCt. ein Streik ausgebrochen. — In Speyer sind mehrere Verbandemitglieder der Verwaltungsstelle des Verbandes der Seiler und Heerhändler gemordet worden. Der Vorstand des Seilerverbandes ersucht dringend, der Fugung nach den genannten Orten fernzubleiben.

Die Lage in Brasilien wird immer trüber. Die streikenden Straßenbahnbeamten, so meinet der offizielle Telegraph, zerschmettern einige Wagen und es kam mehrfach zu Zusammenstößen zwischen ihnen und der bewaffneten Macht. Dabei wurden eine große Zahl Männer, Frauen und Kinder zu Boden geworfen, einige wurden durch Bajonettschläge verwundet, auch mehrere Soldaten erlitten Verletzungen. Vor den Zugängen zu den Straßen wurden Personen aufgefahren. Die Bevölkerung begünstigt die Streikenden und liefert ihnen Geld und Lebensmittel. Gegen Abend wandte sich die Menge wiederum gegen einen Wagen; eine Landmine-Explosion gab Feuer; die Zahl der Todten und Verwunden ist noch nicht bekannt.

**Sociale Uebersicht.**

Vom Reichstag. Ein heiliger Kampf mit dem Reichstag. Die in den Besatzgebieten von Wallenburg und Sandesport i. S. h. herrschende Unruhe entgegen zu arbeiten, die Volkstheuerung durch Verhörungen von Handarbeitern und Weibern im Gemarkungsbezirk von 120,000 Mk. angegeben hat. Einmalige Besuche hat man auch einige außerordentliche Bedingungen an die Vergütung der Arbeiter gemacht, z. B. Ausmaß derjenigen Jubilantien, deren Pensionierung dem Staat zufließen soll, und welche die höchsten Besoldungen zahlen; Genosse Köhler, daß bei den Pensionen auch die Waisen und ungenügend handwerklich in dem der Regierung entsprechenden Umfang beschäftigt werden; Entschädigung bei der Abnahme der Jubilantien, indem über Schenkungsbescheide im Gewerbe hinweggehen muß. Weiter mit beigefügt: Um den in kleinen häuslichen Betrieben sich mit Pflanzweber beschäftigten Genossen des glücklichen Janna, welche in Folge Ausbleibens von Aufträgen schon seit längerer Zeit ohne Verdienst und deshalb in Noth gerathen sind, Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung zu verschaffen, hat der Landeshauptmann-König die Vermählung ungenügender Weg u. A. in dem in der Oberprocuratur Janna angeordnet. Der 1. Regierung zu Potsdam sind zum letzten Zweck eingehende Commission zur Verfügung gestellt worden.

Reber ist die Lage der Arbeiter und mit dem Reichstag auf eine Weise mit dem Reichstag verbunden: Die Lage der Arbeiter ist nicht so gut, wie die der Arbeiter von Berlin, Hannover, Baden, welche, außer, überhaupt ganz Schicksal, ist wichtig eine gemeinsame Sache. Die Arbeiter, Arbeiter und auch Arbeiter werden in der nächsten Zeit mit der Hand gearbeitet; die Arbeiter sind immer noch so leicht zu haben, wie die Arbeiter, wenn er ist bereit, sie vergrößert die Angelegenheit.

Arbeitszeit im Sommer von 6-8 Uhr, so lange es hell ist, und im Winter von 8-9 auch 10 Uhr ist, so spottet es aller Menschlichkeit, wenn diese Leute 10-12 Mark im Sommer und 8-10 Mark im Winter in Berlin pro Woche verdienen. Für Kattsch sind diese Verdienste noch zu hoch, daselbst variiren die Löhne zwischen 5-8 Mark pro Woche. Nun kommt hinzu, daß die Frau voll und ganz mit Spulen und so weiter beschäftigt ist. Diesen Hungerlohn verdienen also zwei Leute bei angestrengtester Thätigkeit. Ferner bedürftigen sie für ihre Stühle einen größeren Raum und müssen daher eine dementsprechend größere und theuere Wohnung nehmen. Nun dauert die eigentliche volle Beschäftigung nur von frühestens Mai bis September, während der anderen Monate ist die Beschäftigung eine, bisweilen monatelang, unterbrochene. Wie diese tauende von Webern von diesen Löhnen immer noch leben können, ist räthelhaft, und ist nur zu erklären, daß sie es weiter gebracht haben, wie mancher bekannte bedeutende Hungerkünstler. Man sehe aber auch die ausgezehrten, höhlwangigen, bleichen Gestalten und deren verkrüppelte Kinder an, um die Folgen dieser Hungerlöhne zu verstehen. Da ist es auch begreiflich, daß sämtliche Geschäfte darniederliegen, da diese Arbeiter im Verein mit den 100 000 von Arbeitslosen absolut keine Kaufkraft besitzen, sondern sich nur mit Mühe und Noth das Leben fristen können. In Folge des schlechten Lebens sind sie geistig darniedergerückt, stumpfsinnig geworden und unfähig, sich zu organisiren, so daß sie fortgesetzt von den Fabrikanten (Millionären) sich weiter und weiter drücken und ausbeuten lassen, bis eines Tages der Hungertypus ausbricht, oder aber sie, ihr Leben nicht achtend, zu anderen Mitteln greifen.

**Deutscher Reichstag.**

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

21. Sitzung. Mittwoch, den 23. Januar. Nachmittags 1 Uhr.

Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung. Am Tische des Bundesrats: von Boetticher. Die Beratung des Antrags der conservativen Partei (Dr. Kropatschek und Genossen) auf Einführung des Befähigungsnachweises und auf Beschränkung des Geschäftsbetriebs der Consumvereine in Verbindung mit Anträgen der Reichspartei (Gamp und Genossen) auf Schaffung von Handwerkerkammern und Einschränkung der Gefängnisarbeit, des Centrums (Dr. Hise und Genossen) und der Nationalliberalen (Dr. Hammacher und Genossen) betr. den Geschäftsbetrieb der Consumvereine und Consumvereine und eines Antrags der Reformpartei (Dr. König und Gen.), wonach staatlichen Betrieben die Begründung von Consumvereinen verboten wird und schon bestehende Consumvereine aufgehoben werden, — wird fortgesetzt.

Abg. Beckh (frei. Vp.) Ich erkenne an, daß die Parteien, die diese Anträge gestellt haben, Sympathien für das Handwerk haben, aber auch wir haben solche Sympathien, nur die Wege sind verschiedene, auf denen wir das Wohl des Handwerks anstreben. Wir wollen nicht die Knechtung, sondern die Freiheit des Handwerks. Ich bin deshalb ein entschiedener Gegner des Befähigungsnachweises. In Bayern ist das Verlangen danach nicht groß. Wir haben dort ein gut ausgebildetes gewerbliches Unterrichtswesen, mit Hilfe dessen eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge verbürgt wird. Damit hilft man dem Handwerk viel gründlicher als mit Zwangsmaßnahmen. In Bayern haben wir statt Ihrer Handwerkskammern, Handels- und Gewerkskammern, deshalb sind Handwerkerkammern bei uns überflüssig. Herr Gamp bezweifelte vor acht Tagen die Autorität des Abg. Richter in Handwerkerfragen. Herr Richter hat davon mindestens soviel Ahnung wie jeder preussische Geheimrath. Sollte die Regierung dem Befähigungsnachweis zustimmen, so wird das zu den unglücklichsten Mißständen führen. Oesterreich liefert da ein Beispiel. Die Streitigkeiten über die Ausübung verwandter Gewerbe hören da nicht auf und mit der Prüfung wird es überall da nicht so genau genommen, wo der Prüfling mit einem der Prüfer verwandt ist. Daß sich die Handwerker nicht viel von den Innungen versprechen, beweist die mangelhafte Theilnahme an denselben. Das Mißtrauen gegen die Innungen wird noch beständig gesteigert durch die Art der Verwendung der Innungsgelder. Von 70 Millionen sind nur ein Viertel zu Zwecken des Handwerks, drei Viertel zu Bureauzwecken und zur Repräsentation ausgegeben worden. Der Staat darf sich nicht einmischen, er darf höchstens den Weg ebnen helfen, indem er den jüngeren Handwerkern die Möglichkeit guter Fortbildung erschließt. Dafür treten wir ein. Zwangsmaßnahmen tragen nur dazu bei, die Unzufriedenheit zu steigern, sie hindern gerade die besten Elemente am Fortkommen. (Beifall links.)

Abg. Reiner (Cir.) (Auf der Tribüne schwer verständlich.) Den goldnen Boden könne allein der Befähigungsnachweis dem Handwerk bringen. Herr von Boetticher sei aber ein Gegner desselben. Die Handwerkerkammern können uns gar nichts nützen. Man sagt, sie sollen der Regierung beruhend zur Seite stehen. Die Volkswacht hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wie sollen die Kammer organisiert werden? Ich kann mir ihren Aufbau nicht anders als auf den organisierten Innungen denken, die nicht organisierten Handwerker einzubeziehen würde ich für unthunlich halten. Die heimischen Handwerker müßten nach dem Vorbild in einem Paradies leben, aber auch sie sind nichts weniger als zufrieden. Sie sympathisiren fast durchweg mit unsern Verordnungen. Woher käme es sonst, daß der Sitz des deutschen Handwerksbundes gerade München ist. Es muß in aller nächster Zeit etwas geschehen, um dem Handwerk zu helfen. Deshalb kann ich mich nicht mit einer Abschlagszahlung zufrieden geben. Man darf den Handwerkern nicht fortwährend einen Knochen hinwerfen, damit sie sich daran die Zähne ausaugen. Alle Tage gehen einige Anträge zu Grunde und wollen wir dem Handwerk aufhelfen, so dürfen wir nicht so lange warten, bis es kein Handwerk mehr giebt. (Beifall rechts und im Centrum.)

Staatsminister von Boetticher. Ich kann die Wünsche des Bundesrats verstehen. Er thut aber der Regierung Unrecht, wenn er ihr vorwirft, sie verzögere die Angelegenheit.

Er hat mich neulich offenbar mißverstanden. Ich sagte, aus der an den Berleschen Vorschlägen geübten Kritik habe die Regierung ersehen, daß den Handwerkern an ihrer Ausübung nichts liege. Wir mußten nach dieser Kritik nach neuen Wegen suchen. Die Zwangsinnungen sind in sehr weiten Kreisen des Handwerks sehr unbeliebt; ich selbst habe auf Reisen oft die Antwort bekommen: „Verschont uns mit den Zwangsinnungen.“ Die Handwerkerkammern sind unser Ausweg, sie brauchen nicht genau nach dem Muster der Landwirtschaftskammern gebildet werden, ich habe diese nur als einen Vorgang angeführt. Ueber den Wahlmodus etc. steht noch nichts fest. Die Frage des Befähigungsnachweises ist noch eine sehr unstrittene. Frhr. von Hertling hat im bairischen Reichsrathe der Auffassung ausdrücklich widersprochen, daß von der Einführung des Befähigungsnachweises das Heil des Handwerks zu erwarten sei. Aber auch aus den Kreisen der Handwerker liegen mir Urtheile gegen den Befähigungsnachweis vor, so von der Dachdecker- und Schieferdeckerinnung, die der Meinung ist, derselbe würde nur zu Feindschaft und zu Zermürbungen innerhalb des Handwerkerstandes führen.

Abg. L o y e (Reformp.). Man habe jetzt schon weit nach links eingeschlagen, daß etwas für den deutschen Mittelstand geschehen muß. Die Socialdemokraten wollten freilich davon nichts wissen, denn der Befähigungsnachweis könnte ja ihren Umsturzbestrebungen entgegenwirken. Vorläufig bestimme das ehrsame Handwerk noch, aber lange dürfe die Hilfe nicht mehr ausbleiben, soll es nicht ein Opfer des Industrie- und Confectionsjudenthums werden.

Abg. S a n d e r (Sp.) kann in den Anträgen von der Debatte gegebenen Anregungen kein Heil für das Handwerk erblicken, ebensowenig in den Handwerkerkammern. Ohne den noch zu schaffenden Unterbau zu kennen, sei ein Urtheil über sie unmöglich. Bei der Zwangsinnung werfe sich sofort die schwierige Frage auf, wie man die einzelnen Gewerbe auf die Innungen vertheilen sollte. Die Vorschläge der Regierung erweckten nur Hoffnungen die sich dann nicht erfüllen würden.

Abg. R ä h n (Soch.). Zunächst erwidere ich Herrn L o y e auf die Judenhegereien, die er auch bei dieser Gelegenheit wieder zu etablieren versuchte, gehe ich nicht ein. Er sagte: wir auf der linken Seite fürchteten uns vor der Handwerkerfrage, die Furcht sei unsere Vertherin in diesem Punkte. Gerade das Gegentheil ist wahr. Den Parteien auf der Rechten, die nun schon ein Jahrzehnt mit den Handwerkern treiben gehen, wird von der Furcht vor dieser Frage ihre Haltung vorgeschrieben. Mich müthet dies so an, als wenn Jemand durch einen finsternen Wald zu gehen hat und die Furcht wandelt ihn an, so pfeift er oder er singt möglichst laut, um sich die Furcht zu vertreiben. Genau das Gefühl habe ich bei dem Verhalten der capitalistischen Parteien zur Handwerkerfrage. Denn von der Ueberzeugung, daß ihre Mittel wirklich geeignet sind, dem Handwerkerstande zu helfen, werden die Herren wohl kaum durchdrungen sein Herr L o y e bedauerte es, daß die Regierung nichts thut und uns rothe Brüder weiter am Umsturz arbeiten läßt. Wir Socialdemokraten arbeiten gar nicht an dem Umsturz der Gesellschaft von heute, das thut die angeblich staats-erhaltenden Parteien mit ihren Knebelgesetzen gegen die Arbeiter. Unsere Stellung zur Handwerkerfrage steht seit Jahren fest. Feindschaft hegen wir nicht gegen das Handwerk, wo sollte die bei uns herkommen. Aber wir wollen keine nutzlose Arbeit verrichten. Außerdem enthalten die Handwerkerkammern und die Zwangsinnungen eine gewisse Feindseligkeit gegen den Arbeiterstand. Wenn die Handwerker einen natürlichen Bundesgenossen haben, so ist es der Arbeiterstand, das Proletariat. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Blüthe des Handwerks hinter uns liegt. Man muß doch zugaben, daß das Handwerk zu den verschwindenden Dingen gehört, daß es im Absterben ist. Diese absterbende Gesellschaftsklasse hätte in der That in dem frisch aufstrebenden Proletariat seinen besten Bundesgenossen. Statt dessen versuchen Conservative und Centrum, das Handwerk nach anderer Richtung zu drängen. Natürlich machen wir diese Experimente nicht mit. Der Befähigungsnachweis, die Zwangsinnungen, auch die Handwerkerkammern werden dem Handwerk wenig oder gar nichts nützen, denn gerade der Konkurrenzneid bringt den einzelnen Handwerksmeister des einzelnen Ortes in feindselige Stimmung gegen den andern. Dazu kommt das Resultat, daß die Innungen an vielen Orten gezeitigt haben. Was thun die Innungen? In den Innungsverfassungen beschäftigt man sich meist mit den jetzt schon übermodernen gewordenen Hochs auf verstaubene hochgeheilte Persönlichkeiten und dann mit einigen sehr nebensächlichen Dingen. Es ist die reine Innungsspielerei, die sich jetzt breit macht. Gespielt wird nur mit Worten, durch die That nichts bewiesen. Selbst in Centrumsstädten, wie in dem schlesischen Neuwied, wo es sehr viel Innungsschwärmer giebt, werden von der Stadt Submissionen ausgeschrieben, bei denen der ehrsame Handwerker immer zu kurz kommt. Mit dem bloßen Gefühl ist es eben nicht gethan, die Macht der That-achen entscheidet, die billigste Offerte erhält den Vorrang und die billigste Offerte kann nur ein Großer stellen. Mit dem Befähigungsnachweis und den Zwangsinnungen haben wir bis in die sechziger Jahre unsere Erfahrungen gemacht. Woran sind denn diese Einrichtungen zu Grunde gegangen? Einfach an ihrer eigenen Corruption. Sie waren zum Kinderpokal geworden. Glauben Sie, daß es jetzt anders werden würde? Ich kann es nicht glauben. Wenn ich sehe, wie sich das Großcapital und der Großgrundbesitz zum Schutzpatron des Handwerks aufwirft, muß ich immer an den Wolf und das Lamm denken. Großcapital und Großgrundbesitz sind es, die den Ruin des Handwerks herbeiführen und wenn sie sich gleichzeitig als Beschützer des Handwerks aufspielen, so ist das eben mehr, als ich zu hoffen vermag und auch als ich für zulässig halte. Wie viele Kleinbetriebe mögen Krupp und Stumm in sich aufgezogen haben, ehe sie zu der heutigen Riesenausdehnung gelangten und das sind nur zwei Einzelsälle. Herr von Böttcher will dem Handwerk den goldenen Boden zurückgeben, aber ebenso wenig wie die Goldmacher des Mittelalters etwas erreichten, werden Sie im Stande sein, den goldenen Boden wiederzugewinnen. Die Regierung scheint heute eine Schwankung gemacht zu haben. Man will offenbar mitthun mit der Mehrheit des Reichstags. Ich

sürchte nur, es wird nicht viel herauskommen trotz der Hilfe der Regierung. Durch den Befähigungsnachweis lassen sich zum Beispiel Baumglücke nicht verhindern, obwohl die Bauten von geprüften Baumeistern ausgeführt werden. Herr Meßner hat zugegeben, daß jährlich tausende Handwerker verschwinden. Seitdem sich der Reichstag mit der Handwerkerfrage beschäftigt, haben wir in Deutschland 10,000 selbstständige Handwerker weniger, die alle vom Großcapital unterdrückt worden sind. Mit jedem Tage sehen das die Handwerker auch mehr ein und kommen allmählich zu uns. Redner geht des Näheren auf die Ausbeutung der Lehrlinge und auf die zur Beseitigung der Gefängnisarbeit vorgeschlagenen nutzlosen Mittel ein. Es wäre eine ganz unberechtigte Grausamkeit gegen den Gefangenen, die Gefängnisarbeit ganz abzuschaffen. Nur ein Mittel, gebe es, die Zahl der Gefangenen herabzusetzen. Dazu sei die heutige Gesellschaft aber außer Stande, im Gegentheil, unter ihrer Herrschaft nehme die Arbeitslosigkeit erschreckend zu und diese veranlasse die meisten Verbrechen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Discussion. Nach einem Schlußwort des Abg. Kropatschek werden die Anträge Kropatschek auf Einführung des Befähigungsnachweises und der Antrag Gamp betreffend Handwerkerkammern angenommen.

Bevor das Haus in die Discussion der Anträge über die Consumvereine eintritt, erklärt

Staatsminister v. Böttcher, daß die Regierung in einigen Wochen einen Gesetzentwurf über diese Materie einbringen werde. Wenn sich der Entwurf auch nicht in allen Punkten mit den Forderungen der Antragsteller decke, so bitte er doch, die Discussion bis dahin auszusparen.

Die Antragsteller sind mit der Absetzung ihrer Anträge von der heutigen Tagesordnung einverstanden.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Motive zum Zolltarif, Binnenschiffahrtsgesetz.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

**Die Commission zur Verathung der Umsturzvorlage.**

trat am 23. d. Mts., Vormittag 10 Uhr, zu einer Sitzung unter Vorsitz des Abg. Böttcher (natl.) zusammen.

Es entspann sich zunächst eine längere Debatte, ob die Abstimmung über den § 111 sofort oder erst später vorgenommen werden soll.

Zunächst wird über den Absatz 1 des § 111 abgestimmt, welcher lautet: Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch desselben zur Folge gehabt hat.

Dieser Absatz 1 wird einstimmig angenommen.

Abatz 2 von § 111 lautet: „Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis 600 Mark oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren ein. Die Strafe darf jedoch der Art oder dem Wesen nach keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.“

Abg. L e n z m a n n (frei Volksp.) beantragt für den Fall der Annahme der zweiten Hälfte des ersten Satzes (betr. Erhöhung der Gefängnisstrafe bei der Aufforderung zu einem Verbrechen) folgende andere Fassung: „sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, kann die Gefängnisstrafe bis auf drei Jahre erhöht werden.“

Dieser Antrag wird gegen 2 Stimmen (Lenzmann und Munkel) abgelehnt.

Abg. S p a h n (Ctr.) beantragt, vor „Gefängnisstrafe“ einzufügen „Geldstrafe bis zu 2000 Mark.“

Dieser Antrag wird mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird auch Absatz 2 in der Fassung der Regierungsvorlage mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, sodaß also nur Absatz 1 bestehen bleibt.

Es folgt die Discussion über § 111a, welcher lautet: Gegen denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den §§ 113 bis 115, 124, 125, 240, 242, 253, 305, 317, 321 vorgesehener Verbrechen anpreist oder als erlaubt darstellt, finden die Strafvorschriften Anwendung, die nach § 111 Abs. 2 für den Fall der Aufforderung zur Begehung einer solchen strafbaren Handlung gelten.

Geh Rath v. S e c k e n d o r f f bemerkt zur Begründung des § 111a: Seit Jahren werde in der Presse und in Versammlungen in ungeheurer Weise zu Verbrechen aufgereizt. Demgegenüber sei die neue Vorlage notwendig. Das Bedürfnis sei unzweifelhaft vorhanden. Er behält sich vor, demnächst noch neues Material zur Begründung dieser Vorlage vorzulegen. Der Paragraph solle nicht Leistungen der Wissenschaft und Kunst treffen. Die Tendenz sei ganz klar in den Motiven der Vorlage gezeichnet, es würde der Dolus, die Rechtswidrigkeit der Absicht vorausgesetzt, doch lasse sich das, was alles darunter zu verstehen sei, nicht im Geheiß deutlich zum Ausdruck bringen. Auch die Oberstaatsanwälte seien befragt worden, ehe man die Vorlage eingebracht habe. Die Berichte derselben betonten, daß die betr. Verbrechen in sehr ausgebreiteter Maße besonders von der socialdemokratischen Presse verübt werden, und es leider an einer gesetzlichen Handhabung gegen diese Verbrechen fehle. Der „Wahre Jacob“ soll die Einordnung Carnots verherrlicht haben. Redner verliest hochherräthliche und aufreizende Aeußerungen der „Freiheit“ betr. die Ermordung R u m p f s in Frankfurt a. M., die Hinrichtung der Anarchisten in Chicago, die als Mord bezeichnet wird. In Frankfurt a. M. habe man erst kürzlich in einer socialdemokratischen Versammlung die Tathat der russischen Nihilisten verherrlicht. In Altona seien im vorigen Jahre Nummern der „Autonomie“ verbreitet worden. Die Bergarbeiter-Zeitung habe die Opfer des Bergarbeiterstreiks gefeiert und zu Unterstützungen der Angehörigen derselben aufgefordert. In andern socialdemokratischen Blättern sei der Meinsid im politischen Proceß vertheidigt und empfohlen worden. Das halle'sche Volksblatt habe die Polizeibeamten, welche gegen Arbeiterläse einschritten, „Ordnungshandhüter“ genannt. Das anarchische Organ „Die Rache“ sei in Elberfeld in mehreren Exemplaren gefunden wor-

den; es werde darin Mord, Diebstahl und jegliches andere Verbrechen als erlaubt, ja als edle That gepriesen. Die Verherrlichung des Attentats auf Carnot im „Wahren Jacob“ findet der Redner in einem Bilbe mit der Aufschrift: „Beseignet sei die Bombe.“

Minister v o n R ö l l e r giebt die Erklärung ab, daß in dem vom Abg. Frohme aufgenommenen Protokoll der gestrigen Sitzung keine Aeußerungen über Neuf nicht richtig wiedergegeben seien. Der betreffende Passus des Protokolls lautet: „Minister von Köller bestreitet, daß die Polizeilagente zu Verbrechen anstiften. So lange er Einfluß auf die Polizei habe, werde er das nicht dulden. Aber es sei unter Umständen nöthig, Mittheilungen zu erhalten von Seiten, welche sich nicht bar die Umstürzbewegung mitmachen, aber nicht damit einverstanden sind. Deshalb sei auch eine Mittheilung der Quellen, aus denen die Regierung informiert werde, nicht angängig. Er könnte den Socialdemokraten Parteigenossen nennen, die der Regierung Mittheilungen zugehen ließen. Der von Bebel erwähnte Neuf habe lange genug bei der Socialdemokratie im warmen Neste gesessen. Die Regierung lasse allerdings von ihm sich Mittheilungen machen.“

Minister v o n R ö l l e r behauptet, die letzte Aeußerung nicht gemacht zu haben.

Abg. F r o h m e verwahrt sich energisch gegen diese Erklärung und versichert, daß er die Aeußerungen des Ministers genau so wiedergegeben habe, als dieselben tatsächlich gefallen seien. Es sei ja begreiflich, daß Minister von Köller jetzt wünsche, nicht zugegeben zu haben, daß Neuf der Regierung Mittheilung gemacht habe. Redner bezeichnet den Protest des Ministers gegen die betreffende Stelle im Protokoll als einen Dolos, und wird dafür vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Frohme beharrt bei seiner Erklärung und legt den Schriftführerposten nieder. Es entspinnt sich nun eine lange und lebhafteste Debatte über die Frage der Abfassung und Behandlung des Protokolls.

B e b e l und U e r vertheidigen die Fassung Frohme's als correct, sie habe nach den Erklärungen des Ministers gar nicht anders lauten können.

Auch der Abg. H ü p e d e n (cons.) versichert auf Grund sofort gemachter Notizen, daß auch er die Köller'sche Aeußerung so wie Frohme aufgefaßt habe.

B e b e l fordert die Zuziehung von Stenographen zwecks genauer Aufnahme der Verhandlungen und erneuert sein schon früher gestelltes Verlangen, daß die Regierung ihr gesamtes Beweismaterial vorlegen bzw. den Mitgliedern der Commission durch Verbrieflichung zugänglich machen solle.

Der Vorsitzende Dr. Böttcher bedauert, daß derartige Verhandlungen sofort aus der Commission heraus der Presse zur Veröffentlichung übergeben werden.

Abg. U e r weist die Angriffe des Geheimen Raths von S e c k e n d o r f f auf den „Wahren Jacob“ zurück. Dieser habe kein anarchisches Attentat verherrlicht, genau das Gegentheil sei der Fall. Die betr. Illustration sei eine Satire auf die Art und Weise, wie es bürgerlichen Blättern beliebt habe, sich mit dem Attentat Caserio zu beschäftigen.

Herr N i e b e r d i n g t erklärt, daß die Oberstaatsanwälte in Düsseldorf und Köln über das betr. Bild des „Wahren Jacob“ auch die Auffassung gehabt hätten, es solle damit das Verbrechen verherrlicht werden.

Abg. v o n S t u m m ergeht sich in längeren Bemerkungen über Neuf von dem er glaubt, daß Neuf die Wahrheit sage, wenn er behauptete, daß er von der Socialdemokratie verläumdete werde.

B e b e l erwidert, daß Abg. von Stumm sich geradezu zum Vertheidiger des notoriischen Polizei-Agenten gemacht habe.

In Fortsetzung der Debatte zu § 111a erklären sich von Köller und Nieberdingt bereit, das Material der Regierung als Beilage zum Protokoll herzugeben.

Die Discussion wird geschlossen, die Abstimmung noch ausgesetzt.

Die nächste Sitzung findet Freitag Vormittag statt, es soll alsdann zunächst über das Princip der Strafbarkeit der Vertheidigung von Verbrechen, demnächst über jedes einzelne Delict discutirt und abgestimmt werden.

**Locales.**

Breslau, den 24. Januar 1895.

— [Ueber die höchsten Einkommen in Preußen] entnehmen wir den amtlichen Quellen das Material zu folgender Zusammenstellung: Ein jährliches Einkommen von über 200,000 Mark haben im Steuerjahr 1894—95 453, 1893—94 488 Personen gehabt; die Zahl hat also im letzten Steuerjahr um 35 abgenommen. Bei 359 (im Vorjahr 390) Consisten (wir zählen nur die physischen Personen im Gegensatz zu den juristischen Personen, Actiengesellschaften u. s. w.) betrug das Einkommen über 200,000 bis 500,000 M.; bei 69 (71) Personen über 500,000 bis eine Million Mark, bei 25 Personen hat das Einkommen im Jahre 1894—95 mehr als eine Million betragen. Seit dem Vorjahre ist die Zahl dieser Einkommen-Millionäre um 2 zurückgegangen. 7 (im Vorjahre nur 4) von ihnen hatten ein Einkommen von über 2 Millionen; nämlich 1 Consist im Reg.-Bez. Trier 2,000,000 bis 2,095,000 Mark (im Vorjahre nur 1,940,000 bis 1,945,000 Mark), 1 im Reg. Bez. Breslau 2,120,000 bis 2,125,000 M. (im Vorjahre nur 1,915,000 bis 1,920,000 M.), 1 im Stadtkreis Rassel 2,295,000 bis 2,300,000 M., im Vorjahre nur 1,935,000 bis 1,930,000 M.), 1 in Berlin 2,410,000 bis 2,415,000 M. (im Vorjahre ebensoviel), 1 im Reg.-Bez. Oppeln (v. Tiele-Winkler?) 2,950,000 bis 2,955,000 Mark (im Vorjahre war derselbe Consist zu 4,120,000 bis



### Gerichtliches.

**Aus dem Polizeistaat.** In Essen hatte sich vor einigen Tagen der Polizeibeamte Beckord wegen gefährlicher Körperverletzung vor Gericht zu verantworten. Derselbe stand unter der Anklage, in der Nacht vom 11. zum 12. December 1893 im Jungfischen Saale den Galvaniseur Paul Ande mittels Säbels vorsätzlich körperlich misshandelt zu haben. Der Grund, weshalb die Sache erst jetzt spruchreif war folgender: Der Verletzte hatte kurz nach der That gegen den Polizeibeamten Strafantrag gestellt, der Antrag aber war von der königlichen Staatsanwaltschaft abgelehnt worden; darauf wandte sich der Kläger an die Oberstaatsanwaltschaft, doch auch diese schloß sich dem Beschluß der Staatsanwaltschaft an. Nun wandte sich der Kläger an das Ober-Landesgericht, und dieses erkannte, daß der Strafantrag gegen den Polizeibeamten aufzunehmen sei. Und so kam nun die Anklage dreizehn Monate nach der That zur Verhandlung. Angeklagter giebt wohl zu, dem Ande die schwere Verletzung beigebracht zu haben, doch will er in Nothwehr gehandelt, auch gar nicht beabsichtigt haben, den Ande zu verletzen. Die Zeugen befanden zur Sache folgendes: Der dramatische Verein „Concordia“ feierte am 11. December 1893 im Jungfischen Saale (Gertrudenhof) eine geschlossene Festlichkeit. Zutritt hatten nur mit Einladung versehene Personen. Nachts zwischen 12 und 1 Uhr traten zwei Polizeibeamten, von denen einer der Angeklagte, in den Saal. Auf die Frage eines an der Thür stehenden Sontemittgliedes, ob sie eine Einladung haben, antworteten die Beamten nicht, sondern begaben sich lächelnd in den Saal an die Theke, erhielten dort Bier und überprüften das festliche Treiben. Nach einigen Minuten verließen sie das Local, kehrten in Begleitung einiger anderer Polizeibeamten zurück und geboten dann Feierabend. Ein großer Theil der Anwesenden kam der Aufforderung auch schleunigst, ein anderer Theil kam derselben nur zögernd und anscheinend unwillig nach. Ande giebt nun an, daß er eben im Begriff war, sich zu dem Tisch, an welchem seine Familie saß, zu begeben, um sich anzuleiden, als in der Mitte des Saales der heutige Angeklagte, Beckord, auf ihn trat und ihn aufforderte, sofort das Local zu verlassen. Dabei kam es zu einem Wortwechsel, während welchem der Angeklagte mit seinem Leib immer gegen den Ande stieß, diesem auch mit der Säbelschneide oder dem Säbelskorb gegen die Hüfte stoßend. Als darauf Ande zu dem Beamten, indem er eine Hand auf dessen Schulter legte, ganz ruhig sagte: „Nur ruhig, lachte, immer lachte, wir werden unser Recht schon finden“, da zog der Angeklagte Beckord, plötzlich den Säbel und im nächsten Augenblick hatte der Ande schon einen wuchtigen Schlag über das Gesicht und zwar derart, daß ihm die Oberlippe der Länge nach durchschnitten und sieben Zähne des Oberkiefers durchbrochen waren. Als Ande blutüberströmt aufschrie, meinte der Angeklagte sofort, „ja, sehen Sie, ich blute auch!“ Der Angeklagte giebt an, nicht er, sondern Ande wäre provocirend aufgetreten. Das Urtheil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Freisprechung des Beamten; der Fall sei nicht genügend aufgeklärt!

**Sofia, 21. Januar.** Von der hiesigen Strafkammer wurde dieser Tage ein junger Mann wegen Verbreitung des socialdemokratischen „Gothaischen Volksblatts“ an Soldaten der hiesigen Garnison aus § 112 R.-St.-G.-B. zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte, der seinen im Lazareth liegenden Vetter besuchte, wurde von diesem gebeten, ihm etwas Lektüre mitzubringen, worauf er ihm fünf Nummern des „Volksblatts“ brachte. Nach seiner Genehmigung nahm der Soldat eine Nummer mit in die Kaserne, die bei einer Revision der Spinde aufgefunden wurde. Strafmißvergehen wurde dem Angeklagten angerechnet, daß er erst auf Aufforderung die Blätter gebracht habe. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängniß beantragt. Es ist also strafbar, ein Blatt, das die Censur von Staatsanwalt und Polizei paßirt hat einem Soldaten, zu geben! Wozu die Umsturzvorlage?

**Der Maurer Julius Thiede,** gegen den sich bekanntlich der Verdacht leute, die scheinliche Ermordung der Bürgerschwestern Helene Schweichel bezogen zu haben, wurde am 8. December 1894 vom Schwurgericht Berlin II unter Freisprechung von der Anklage wegen dieses Falles, wegen Nothzucht, Urkundenfälschung, Diebstahl und vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Diese Straftaten qualifizirten sich als vier selbstständige Handlungen: am 13. April 1894 nöthigte er eine Frauenperson, die Arbeiterhefrau Friederike Klebedron, durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben zur Duldung des außerehelichen Verkehrs; zu Schönefeld fälschte er eine rechtserhebliche Privaturkunde, eine polizeiliche Abmeldung, und machte davon Gebrauch; zu Friedenau stahl er einem Maurer ein Paar Pantinen und schließlich ebenfalls zu Friedenau misshandelte er den Zimmermann Schubert mittels eines hinterlistigen Lieberfalles. Der Angeklagte bestritt in seiner Revision den ihm zur Last gelegten Thatbestand und behauptete insbesondere, daß durch den Beschluß Gefahr für Leib und Leben der Frau Klebedron nicht vorhanden gewesen sei. Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde die Revision des Angeklagten am 22. Januar verworfen, da das Urtheil keinen Rechtsirrtum erkennen lasse.

### Vermischtes.

**Berlin.** Zu der Explosion am Petroleumlagerhof wird dem „Vorwärts“ noch nachträglich mitgetheilt, daß die Darstellung als ob die verunglückten Arbeiter im Wesentlichen selber Schuld an dem furchtbaren Vorfall tragen, auf Richtigkeit keinen Anspruch machen kann. Die Arbeiter hatten im Auftrage ihres Vorgesetzten in dem leeren, nur mit Alkoholgasen angefüllten Raum Tonnen hinab zu befördern und in Unkenntniß über die Gefährlichkeit dieser Gase haben sie dann in dem dunkeln Raum, der nur mit einer Oeffnung versehen war, höchstwahrscheinlich ihre Aetherlampe anzünden wollen. Damit veranlaßten Unglücksfälle für die Zukunft vorgebeugt werden, wird es für notwendig gehalten, daß die Gaslampen mit electrischem Licht versehen werden und daß man an ihnen zum leichteren Abzug der Gase mehr Oeffnungen anbringt. — Die Einwohnerzahl der Stadt Berlin

in bezifferte sich am 5. Januar auf 1 724 493 Seelen, sie hat sich also in der Zeit vom 1. bis 5. Januar um 51 Seelen vermindert. In demselben Zeitraum wurden 187 Ehen geschlossen und 655 Kinder geboren. Zur amtlichen Meldung gelangten 411 Todesfälle, von denen 204 auf männliche und 207 auf weibliche Personen entfielen. Hierunter sind 9 Todesfälle durch Selbstmord herbeigeführt.

**Kassel, 23. Januar.** Durch eine Dampfseifelexplosion in der Papierfabrik wurde ein Arbeiter getödtet und drei lebensgefährlich verletzt.

**Ueber eine raffinierte Porto-Sinterziehung** berichtet ein postalisches Fachorgan Folgendes: Früher wurden unfrankirte Postkarten als unzulässig dem Absender zurückgeschickt. Diesen Umstand benutzten nun zwei schlaue Briefschreiber, P. und R., um ihre Correspondenzen durch die Post nützlich kostenlos befördern zu lassen. Hatte P. an R. eine Mittheilung zu machen, so adressirte er eine unfrankirte Postkarte an sich selbst und verfaß sie mit der genauen Adresse des R. als Unterschrift. Diese Karte mußte die Post dann, weil sie unfrankirt war, als unzulässig behandeln und an R. „zurückgehen“ lassen, welcher als „Absender“ angegeben war und dadurch in den Besitz, der für ihn bestimmten Mittheilung gelangte. Und in gleicher Weise verfuhr umgekehrt R., wenn er an P. zu schreiben hatte. Diese billige Beförderungsmethode nahm jedoch ein jähes Ende, als die Post verfügte, daß auch unfrankirte Postkarten zu befördern seien, aber gegen das doppelte Porto.

**Bayern, 23. Januar.** Neue starke Schneefälle bedrohen den Verkehr auf beiden Seiten des Gottthard. Bei Biasca verschütteten zwei Cabinen drei Mädchen und einen jungen Burschen.

**London, 22. Januar.** In Folge beträchtlichen Schneefalles haben die meisten Flüsse Englands und Wales Ueberschwemmungen angerichtet. Das Themsethal steht unter Wasser; der Schaden ist erheblich. Bei der heutigen Nachwahl zum Unterhause in Evesham nutzten die Wähler wegen der Ueberschwemmung des Abens in Booten zur Wahlurne befördert werden.

**Von einer furchtbaren Katastrophe** ist das in stiller Abgeschiedenheit gelegene Dorf Silver Lake in Oregon am Weihnachtsabend heimgesucht worden. In dem Locale von Christman Bros hatten sich zu frohem Feste über hundert Personen zusammengefunden. Eine Weihnachts-einbeziehung nach altem deutschen Brauch sollte stattfinden, und Jung und Alt drängte sich in freudiger Erwartung um den prächtig geschmückten Tannenbaum, dessen Zweige mit reichen Gaben beladen waren. Ein Knabe, der in dem Gedränge nicht genug von den Weihnachtsgeschenken sehen konnte kletterte begierig auf eine Bank, wobei er mit dem Kopfe gegen eine von der Decke herabhängende Petroleumlampe stieß. Durch die Erschütterung wurde eine Explosion verursacht und brennendes Oel nach allen Richtungen hin geschleudert. Die dünne Holzdeckung der Wände und des Fußbodens fing sofort Feuer, und bald stand der ganze innere Raum in Flammen. Eine grauenvolle Scene folgte. In wahnwitziger Angst drängten alle nach der kleinen Thür, die der einzige Ausweg war. Dort stauete sich ein wilder Menschenknäuel. Rasenden gleich kämpften die Menschen, die noch soeben friedlich beisammen gewesen, ein jeder nur auf die eigene Rettung bedacht. Die Schwächeren wurden unter die Füße getreten und zermalmt; viele, von Flammen eingehüllt, brachen sterbend zusammen. Die Verunglückten sind der Mehrzahl nach Frauen und Kinder. Die Wenigen, die dem Verderben entrannten, überließen sungslos die anderen ihrem Schicksal. Als die Panik sich gelegt hatte, war eine Rettung nicht mehr möglich. Wohl gelang es, die Flammen schnell zu löschen, doch in dem brandgeschwärtzten Annern stieß man nur auf Leichen, die in dem wirren Knäuel aufgehäuft waren, die Mehrzahl bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Man zählte 41 Opfer, Männer, Frauen und Kinder.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 24. Januar.** Dem Grafen Herbert Bismarck ist, wie der „Localan“ berichtet, bereits zur Zeit der Reichstanzlerschaft des Grafen Caprivi, ein Vorschlagsposten angeboten worden, er hat diesen aber damals abgelehnt. Jetzt behauptet die „Börse“, er werde als Vorschlagter nach Petersburg gehen, und Bismarcks Schwiegerohn Graf Hantkan, als Geandter nach Hamburg, damit Bismarck seine Tochter als Trösterin zur Seite habe.

Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, durch eine Petition bei dem Reichstag dahin vorstellig zu werden, daß in der im Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung zur Gewerbeordnung unter Artikel 6 enthaltenen Bestimmung zu § 42. der Gewerbeordnung dem Antrag, die Worte „auf Grund eines Gemeindeflusses“ zu streichen, die Zustimmung verweigert werde.

In der gestrigen, von 600 Personen besuchten Anarchistenversammlung bei Keller plaidirte Schlosser Wiese für Errichtung von Productiv-Genossenschaften, fand aber bei den eigenen Parteigenossen wenig Gegenliebe. Die zahlreich anwesenden Socialdemokraten beteiligten sich nicht an der Debatte. Gegen diesen harmlosen Utopismus werden Benedix und Umsturzvorlagen nicht gemacht.

**Wien, 24. Januar.** Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht den Wortlaut zweier bulgarischer Antwortnoten auf den österreichisch-ungarischen Protest gegen die bulgarische Accise- und Patentsteuer. Die erste Note sagt, daß die neue Accisesteuer Bulgariens von den finanziellen Nöthen befreit und nur die bulgarischen Consumennten trafe. Die Nichtanwendung des bereits sanctionirten Gesetzes sei eine flagranthe Gesetzwidrigkeit. Die bulgarische Regierung bitte um Zurückziehung des Protestes. Die zweite Note stellt fest, daß die Accise eine innere Abgabe und von der Mehrzahl der Mächte als solche anerkannt sei. Oesterreich-Ungarn würde sich damit begnügen, von der bulgarischen Regierung das Versprechen zu erlangen, daß sie die Zahl der besteuerten Artikel und den Betrag der Steuer nicht erhöhen werde. Der österreichische Protest sei geradezu eine Kriegserklärung, da die von der Sobranje vorgenommenen Abänderungen zu unbedeutend seien. Die Haltung Oesterreichs sei eine schändliche, bestrebende, die nur Rußland zu Gute kommen werde. Die „Neue Freie Presse“ meldet ferner aus Sofia: Gegen die Accise macht sich eine bedeutende Opposition im

Landes bemerkbar. — Die Regierung Bulgariens, das Oesterreich so viel verdankt, will durch die Accisesteuer Oesterreich um die Vortheile des Handelsvertrages pressen. Hinter dem Roburger steht „Väterchen“, das aus einem Conflict Rußland zöge. Der Rubel rollt, und Rußlands Pläne sind weiterschauend.

**Brüssel, 24. Januar.** Gestern Abend wurde in einen von vielen Besuchern gefüllten Concertsaal eine Dynamitbombe geschleudert, welche explodirte und eine große Anzahl Personen mehr oder minder schwer verletzte. Auch der Saal erlitt erhebliche Beschädigungen. Der Thäter konnte nicht ergriffen werden.

**Paris, 24. Januar.** Die Schwierigkeiten der Cabinetbildung sind immer noch nicht gehoben und zwar scheiterte das Gelingen an Differenzen über die Reform der Einkommensteuer. Es besteht trotzdem die Hoffnung, daß es Bourgeois gelingt, ein Cabinet zusammen zu bringen.

**London, 23. Januar.** „Reuter's Office“ meldet aus Kundian (Sindien): In der Versammlung der Wastri-Hauptlinge, welche gestern Nachmittag stattfand, verlas der indische Regierung gestellten Bedingungen, welche im Wesentlichen die Rückgabe der gestohlenen Gewehre, Pferde und Gelbbeträge, die Auslieferung der Rädelsführer sowie die Uebergabe von 50 Hinterladern, 200 Puntenschloß-Gewehren und arderer Waffen fordern. Falls die Bedingungen bis zum 1 März nicht erfüllt werden, wird das Land besetzt. Die den Stämmen auferlegten fälligen Geldstrafen im Gesamtbetrage von 12 000 Rupien werden eingezogen werden.

**London, 24. Jan.** Gestern fand in Evesham die Parlamentswahl für den verstorbenen conservativen Abgeordneten Sir E. Peckmer statt. Der conservativ Kandidat Oberst Long wurde mit 4760 Stimmen gewählt gegen 3585 Stimmen, welche auf den liberalen Candidaten fielen. Bei der letzten Wahl hatte die conservativ Majorität 580 Stimmen betragen.

**Atten, 25. Januar.** Die „Atropolis“ bezeichnete officiös die von ministerieller Seite verbreiteten Mittheilungen über den Rücktritt Trifupis als ungenau. Trifupis habe die Entlassung des Ministeriums seitens des Königs vermuthet und die Anwesenheit des Kronprinzen bei dem Meeting zum Vorwand genommen. In den Provinzen haben einige Kundgebungen gegen Trifupis stattgefunden. Eine Volksmenge in Patras schleuderte Steine gegen das Polizeigebäude. Sonst herrscht überall Ruhe. Wie von einigen Blättern gemeldet wird, habe Canaris sich bereit erklärt, zur Cabinetbildung unter der Bedingung der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung. Andere Blätter vermuthen die Bildung eines Cabinets Ralli. — Wie das „Bureau Reuter“ meldet, lehnte Canaris die Cabinetbildung ab.

**New-York, 24. Jan.** Die Polizisten sympathisiren so sehr mit den Aufständischen der Straßenbahn, daß der Polizeichef eine Befehlsbefugnis erließ, daß er jeden nicht seine Pflicht thuenen Beamten entlassen wird. Der Streikführer Connelly befahl den die Drähte ausbessernden Leuten, die Arbeit zu verlassen. Abends wurde ein Zuschauer von der Miliz erschossen.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 23. Januar.

**Heiraths-Ankündigungen.** I. Tischler Johann Pasche, ev., Roggasse 1a, und Susanna Schröder, ev., Andersohnstraße 5. — II. Hilfsweidensteller Josef Scholz, kath., Neue Lauenburgstraße 71, und Wwe. Auguste Swoboda, geb. Scholz, kath., Bräderstraße 30. — Bäckermeister August Jengler, kath., Mühlgasse 15, und Emma Heusch, ev., Schweidnitzerstadtgraben 24. — Stellmachermeister Daniel Beutner, ev., Neudorfstraße 72, und Emma Berger, ev., Augustastrasse 39. — III. Schmied Josef Schölzel, kath., Wäldchen 9, und Franziska Hannig, kath., Berlinerstr. 37. — Maschinenhoffer Albert Rife, kath., Hübenerstraße 33, und Laura Preuß, ev., Waterloostraße 19. — Straßenbahn-Conducteur Valentin Gebulle, kath., Neudorfstraße 85, und Anna Volkner, kath., Sternstraße 54/56. — Privatier Curt von Glasenapp, Wäldchen 1, und Elisabeth Riche, kath., Sternstraße 25. — Restaurateur Carl Wurzel, kath., Kleine Scheitnigerstraße 68, und Emma Heinke, kath., daselbst. — Klempner Carl Steinadler, ev., Ottostraße 19, und Anna Rangner, ev., Bismarckstraße 6.

**Heiratheliegungen.** I. Kaufmann Josef Matiste, kath., mit Marie Kesch, ev., hier. — Kutcher Paul Kugler, kath., mit Emilie Hepp, hier. — Brauer Max Starabisch, ev., Hundsfelder-Chaussee Brauerei Pfeifferhof, mit Agnes Schneider, ev., hier. — Oberförster Alfred Hoffmann, ev., Freilwalde, mit Elisabeth Seyler, ev., hier. — III. Haushalter Johann Nadrot, kath., mit Emma Kusche, ev., hier. — Schuhmacher Gustav Scholz, ev., mit Dorothea Tischler, ev., hier. — Arbeiter Wilhelm Becker, ev., mit Anna Neugebauer, ev., hier.

**Geburten.** II. Eisenbahn-Stations-Diätar Richard Herold, ev., T. — Verhinderungsbeamter Hermann Raetz, ev., T. — Arbeiter Franz Oel, kath., S. — Arbeiter Franz Thater, kath., S. — Rittergutsbesitzer Richard Radon, ev., T. — Bahnarbeiter Adolf Rogmann, ev., T. — Kutcher Ernst Wende, ev., T. — Monteur Siedel, ev., T. — Kutcher Friedrich Hoffmann, ev., T. — Böttcher August Mann, kath., T. — Tischler Wilhelm Goerlich, ev., S. — Buchhalter Paul Kramer, ev., S. — Kaufmann Gustav Ritter, jüd., T. — III. Postsecretair Robert Fiedel, ev., T. — Redacteur Max Schumm, ev., S. — Maschinist Reinhold Marokke, kath., S.

**Todesfälle.** II. Arbeiterwitwe Caroline Munz, geb. Werner, 53 J. — Banquier Edmund Fringsheim, 74 J. — Brauer Wilhelm Kalink, 43 J. — Schuhmachermeisterfrau Martha Kirchner, geb. Raabe, 33 J. — Schneider Paul Hermann, 37 J. — Frieda, T. des Maschinenf. Wendelin Weiß, 5 M. — III. Karl, S. des Schlossers Josef Bach, 4 M. — Pens. Schreiber Maximilian Germaiss als Pensionär in Polen, 61 J. — Maurergesellenfrau Clara Dormann, geb. Rode, 34 J. — Elfride, T. des Maurers Josef Gottschalk, 10 J. — Arbeiterfrau Emma Langwitz, geb. Scholz, 40 J. — Maschinenwärterfrau Klara Bräuer, geb. Bafch, 38 J. — Buchdruckermeisterfrau Maria Grütner, geb. Ottmann, 52 J.

### Stadt-Theater.

Donnerstag:  
„Der Weichensacker.“  
Freitag:  
„Herodias.“

### Lobe Theater.

Donnerstag:  
„Zum wohltätigen Zweck.“  
Freitag:  
„Zum wohltätigen Zweck.“  
In Vorbereitung:  
„Die wilde Jagd.“

### Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)

Täglich:

Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

## Savnan.

Montag, den 28. Januar,  
Abends 8 Uhr  
im „goldenen Löwen“:

### Partei-Versammlung.

Die Tagesordnung kann erst in der Versammlung bekannt gegeben werden.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.  
Die Vorhauensperson.

## Savnan.

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein  
Montag, den 28. Januar,  
Abends 8 Uhr,

im „goldenen Löwen“

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berlesung  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

### Kaffee! Kaffee!

Wagl. frisch gebr., das Pfd. 140 Pfg.  
Getreide-Caffee, das Pfd. 12 Pfg.  
beißt weißer Farin, das Pfd. 21 Pfg.  
Bartes Schweinefett, das Pfd. 55 Pfg.  
Süßer Syrup, das Pfd. 15 Pfg.  
Beste Drament. Kern-Seife, d. Pfd. 20 Pfg.  
ff. Jamaica-Kum, a Liter 100 Pfg.  
Bestes Weizenmehl 00, das Pfd. 11 Pfg.  
Feinstes Petroleum, a Liter 15 Pfg.

Otto Ogrowsky jr.,  
45 Große Grosseingasse 45.

### Musik-Instrumente.

In alle Viol., Streich- u. Schlag-Instrumente,  
Spielböden zum Drehen u. selbstspielend,  
Musik-Automaten fertigt  
E. Coku, Kupferstraße 17.

### Polster-Werg,

Koffhaare, Apaza, Indischer, Alen-  
gras, Seegras, Federn, Möbelschmir,  
Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile,  
Wäschelinen, Hänzematten, Nest.  
Zwischen empfiehlt billigt 3370

### Jul. Moritz, Seiler-

meister.  
41, Kupferschmiede-Str. 41.

### Neue Heringe

Ring 46, im Hofe. 3417

### Umsturz u.

## Socialdemokratie.

### Berhandlungen des deutschen Reichstages

am  
17. December 1894  
und 8.-12. Januar 1895

nach dem  
offiziellen stenographischen Bericht.

Seit 1, 112 Seiten.  
Preis 15 Pfennige.  
Zu beziehen durch unsere Colportage.

### Gesangs-Abtheilung

des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.

Jeden Freitag von 8-11 Uhr:

### Übungsstunde

im Vereins-Lokal (Neumarkt Nr. 8).

Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.

Der Obmann.

Neu erschienen ist soeben:

## Das kommunistische Manifest.

Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels.

2 Bogen in elegantem Umschlag.

Preis 15 Pfennige. Porto 5 Pfennige.

Das im Jahre 1847 verfaßte Manifest ist die bedeutungsvollste Schrift der socialistischen Literatur. Trotz der 45 Jahre Reifezeit haben die darin aufgestellten allgemeinen Grundzüge im Ganzen heute noch ihre Richtigkeit; und die hier in unerreichter Meisterschaft und programmatischer Kürze entwirkelte Marx-Engels'sche Auffassung ist heute die wissenschaftliche Grundlage der socialistischen Bewegung aller Länder geworden.

Zu beziehen durch die

Expedition d. Blattes.

## Wegen Geschäfts-Aufgabe vollständiger Ausverkauf

meines gut sortierten Lagers, bestehend in sämtlichen Sorten

Ober- und Unterleder, sowie

Schuhmacher - Bedarfs - Artikel und Leisten  
zu außerordentlich billigen Preisen.

## S. Schlockow,

3470

47 Nicolaistraße 47.

## Feinsten aromatis. Röst-Kaffee.

hergestellt unter Anwendung des von Herrn Dr. C. Bischoff in Berlin empfohlenen Hinz & Küster'schen Röhrverfahrens, offerire ich hierdurch angelegentlich. — Mein Kaffee ist frei von jenem rauhigen, bitteren Geschmacke, welcher der Gesundheit nachtheilig, bei der alten Röhrmethode aber fast unvermeidlich ist. — Preise pro Pfd.: 1.40, 1.50, 1.60, 1.70, 1.80 und 2.00 Mk.

### Kaffeehandlung Hugo Oscar Neumann

Einziges Special-Geschäft der Kaffee-Branche  
in Breslau, Ohlauerstraße 66.

Wie klage ich  
Ein Rathgeber vor dem  
für Arbeiter dem Gewerbe-  
in gewerblichen Streitigkeiten. Gericht?  
Sorrätzig in der Expedition dieses Blattes.

## Georg Dienstfertig

### Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft

Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links

erzählt sein reichhaltiges Lager in

Kleiderstoffen, Seinen, Cattune, Züchen, Julett's,  
Herren- und Damen-Wäsche

fertige Confection

zu belieben können über längere Zeit.  
Größe Auswahl in Arbeiter-Hosen, Hemden und -Blusen.  
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

### Reisehandbuch für wandernde Arbeiter

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientirungs-  
karten. 16 Bogen Octav. Preis gebunden (in Leder) 1 Mk.  
50 Pfg. Verlag von J. Neumann in Nürnberg, Karte 1. — Gut  
hält über 2000 Reisetouren in Deutschland, Oesterreich-Ungarn,  
Schweiz, Frankreich, Italien und Holland, mit genauer Angabe der  
Ortsentfernungen in Kilometern nebst alphabetischem Ortsregister,  
Notizen über die bedeutendsten Städte und Orte, hervorgehoben ihre  
Wohnverhältnisse, hauptsächlichsten Fabriken u. s. w. — Dieses Buch soll  
nicht nur dem reisenden Arbeiter ein nützliches Begleiter sein, sondern  
es soll auch diejenigen Gemeindefürer, welche an ihre Mitglieder  
Reise-Anweisungen begähren, in dem Stand setzen, die von den  
reisenden zurückgelassenen Summen genauer und schneller heraus zu  
zahlen als es mit den hieher ankommenden Postämtern möglich war.  
— Jedem darf das Buch nicht als das bisher vollständigste  
Reisehandbuch für Wanderer begähren werden. Zu beziehen durch die

Expedition der „Volkswacht“.

## Cigarren ! Brot !

in nur guten Qualitäten und  
jeder Preislage empfiehlt

C. Koppatz, Paul Zorowka,  
Kurze Gasse 76. 3131 65, Kurze-Gasse 65.

Um Irrthum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich me  
Sarg-Magazin nur

## Gräbschenerstrasse 40

neben der Holtei-Apothek befindet.

Empfehle mein großes Lager von Särgen zu billigsten Preisen.

Th. Muszynski,  
Tischlermeister.

Mit dem Ausstoß unseres hochfeinen, lichten

## Pilsener Bieres

haben wir begonnen. 2460  
Gleichzeitig empfehlen wir unsere aus feinstem Hopfen und Malz  
eingebrauten

hellen und dunklen Lagerbiere.

Brauerei Wünsche & Co.  
Grüneiche-Breslau.

## Fabrik von Arbeiterhosen

Spezialität. Arbeitshosen.

E. Liedecke, Stodgasse Nr. 30.

En gros. 2478

En détail.

## Georg Dumlich

Breslau, Poststraße  
Ecke Ohlauerstr.

Verkaufsstelle der best renommitesten

## Röst-Caffee's

von 3406

Hanssen & Studt  
Hamburg.

## Größte Caffee-Rösterei Europas.

In zweiter Auflage erschien soeben:

## Knechtschaft und Freiheit.

Zur Aufklärung über unsere Zustände und die Ziele der Sozialdemokratie  
im Auftrage und unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Agitations-  
Kommission zu Liegnitz herausgegeben von Oswald Köhler.

Preis 20 Pf. — Porto 3 Pf. — Bei Abnahme von größeren Posten  
zur Agitation nach Uebereinkunft. — Wiederverkäufer hohen Rabatt.

H. Schnabel, Verlagsbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 8.

Der schnelle Absatz der ersten 10,000 Exemplare starken Aufklage  
dürfte die beste Empfehlung der kleinen Schrift sein. 2638

## Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art

mit nebenstehender  
Control-Markte. Eine  
Garantie daß der Käufer  
nur reell gearbeitete Waare  
und der Arbeiter einen  
menschenwürdigen Lohn er-  
hält.

Ausgegeben v. d. Control-Commission d. deutschen  
Schneider u. Schneiderinnen. Sitz: Berlin.

Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei

## V. Liepelt,

3391

Confectionshaus „Solidarität“,

Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,  
Ecke Neue Welt-Gasse.

Bestellungen nach Maß werden in kurzer Zeit gut und sauber ausgeführt.

Sache der Arbeiterchaft ist es, dieses bei ihren Einkäufen zu be-  
rückichtigen und gegenseitig Solidarität zu üben. Arbeiter, Genossen,  
es gilt für uns das bewerthlichste aller Systeme die doppel Aus-  
beutung zu bekämpfen!

Die Control-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen.  
Sitz Berlin.